

Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen



46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 11.06.2021
Tagesordnungspunkt: PB-L Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen

1 Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen

2 Die Klimakrise ist die Existenzfrage unserer Zeit. Daher ist Klimaschutz keine
3 Zukunftsaufgabe, sondern Klimaschutz ist jetzt. Wenn wir zu Beginn dieses Jahrzehnts
4 konsequent handeln und die sozial-ökologische Transformation einläuten, können wir die
5 Klimakatastrophe noch verhindern und zu einer klimagerechten Welt beitragen.
6 Klimaneutralität ist dabei eine große Chance für höhere Lebensqualität, mehr soziale
7 Gerechtigkeit und einen klimagerechten Wohlstand. Sie gilt es zu ergreifen.

8 Wir haben in den vergangenen Jahren mit Hitzesommern, Waldsterben, Überschwemmungen
9 und
10 Dürren die Klimakrise bereits zu spüren bekommen. Sie hat dramatische Konsequenzen bei uns
11 und auf der ganzen Welt: etwa für die Gesundheit der Menschen – und es sind vor allem die
12 mit den geringsten Einkommen und insbesondere die Menschen im globalen Süden, die den
13 Preis
14 dafür zahlen, dass der ökologische Fußabdruck der Reichsten am größten ist. Oder für die
15 Bäuer*innen, denen zunehmend die Grundlage entzogen wird. Und für den Zusammenhalt in
16 unserer Gesellschaft. Alle diese Folgen werden sich vervielfachen, wenn wir jetzt nicht
17 umsteuern. Je entschiedener wir handeln, desto mehr Freiheiten und Alternativen sichern wir
18 für jetzige und künftige Generationen. Wir werden deshalb konsequent den Weg zur
19 Klimaneutralität gehen.

20 Das verlangt Können, Mut und Machen. Wir stellen in einer künftigen Regierung das Pariser
21 Klimaabkommen in den Mittelpunkt und richten das Handeln aller Ministerien danach aus. Wir
22 lenken all unsere Kraft darauf, Maßnahmen auf den Weg zu bringen, die uns auf den 1,5-Grad-
23 Pfad führen. Klimagerechtigkeit ist eine Frage des politischen Kanons. Wir begreifen es als
24 unsere Aufgabe, bessere Regeln zu schaffen, nicht den besseren Menschen. Solch klare
25 politische Ordnungsrahmen entlasten auch uns als Menschen im Alltag und schaffen Freiheit.

26 Natürlich bedeutet Klimaneutralität Veränderung, aber diese Veränderung schafft Halt in der
27 Zukunft. Denn sie bewahrt uns davor, Kippunkte zu überschreiten, und ermöglicht ein
28 klimagerechtes, ein besseres Leben. Wir bringen deshalb Strom, Wärme, Verkehr und Industrie
29 zusammen, beenden Energieverschwendung und sorgen so für eine effiziente Verzahnung
30 dieser
31 Bereiche. Statt auf Kohle, Öl und fossilem Gas wird das Energiesystem auf Sonnen- und
32 Windenergie basieren. Statt an fossilen Verbrennungsmotoren festzuhalten, schaffen wir eine
33 neue Mobilität mit der Bahn, dem Rad, zu Fuß oder mit emissionsfreien Autos. Statt Öl und
34 Erdgas wärmt uns künftig die Kraft der Erneuerbaren. Die Zukunft wird damit leiser,
35 sauberer, gesünder, günstiger und sozial gerechter. Weniger Autos in der Stadt bedeuten mehr
36 Platz für uns Menschen. Leisere Straßen und saubere Luft dienen besonders jenen, die sich
37 nicht die Villa am ruhigen Stadtrand leisten können. Mehr Angebote an klima- und

35 umweltfreundlichen Verkehrsmitteln, zum Beispiel Rufbussen oder Carsharing, erleichtern zu
36 pendeln und befördern ein gutes Leben auf dem Land.

37 Mit dieser großen Veränderung entstehen neue Geschäftsfelder, neue Industriezweige, neue
38 Arbeitsplätze. Andere Bereiche werden sich wandeln, einige werden verschwinden. Für viele
39 Menschen ist das auch eine große Herausforderung, ja Zumutung. Die sozial-ökologische
40 Transformation gelingt nur, wenn wir gemeinsam alles dafür tun, Verluste zu verringern und
41 Brücken zu bauen. So müssen diejenigen, die neue Chancen oder Weiterbildung brauchen, sie
42 auch bekommen. Und es ist unsere Aufgabe, Sorge dafür zu tragen, dass die Kosten und
43 Belastungen dieser Veränderung gerecht verteilt sind. Klimagerechter Wohlstand bedeutet
44 Ökologie und Soziales zusammenzudenken und den Übergang
45 gut zu gestalten: für Menschen in der Stadt und auf dem Land. Für die Handwerkerin wie für
46 den Stahlarbeiter.

47 Der Verlust an intakter Natur und Umwelt ist ebenso dramatisch wie die Klimakrise und eine
48 der größten Bedrohungen für ein gutes und gesundes Leben. Wenn wir unsere
Lebensgrundlagen
49 schützen wollen, wenn wir auch die zweite große ökologische Krise, das Artensterben,
50 eindämmen wollen, dann bedarf es mehr als einer Kurskorrektur, dann brauchen wir einen
neuen
51 Kurs. Wir machen die planetaren Grenzen zum Leitprinzip unserer Politik und tragen so auch
52 zu mehr Umweltgerechtigkeit bei. Entsprechend verändern wir die Wirtschaftsweise, denn auf
53 einem endlichen Planeten kann es kein unendliches Wachstum geben. Wir setzen Prioritäten.
54 Von jetzt an wird belohnt und gefördert, was Mensch und Tier, Klima und Natur schützt. Und
55 was zerstörerisch wirkt, muss dafür auch die Kosten tragen und so schnell wie möglich
56 überwunden werden. Indem wir den Schutz der Meere und Gewässer, des Klimas und der
Böden,
57 der Tiere und der Pflanzen zum Bestandteil unseres Wirtschafts- und Rechtssystems machen,
58 kann es gelingen, die Stabilität der Ökosysteme und unserer Lebensgrundlagen zu
59 gewährleisten. Und damit auch unsere Grundlagen für ein gutes und friedliches
Zusammenleben.

60 **Wir schaffen klimagerechten Wohlstand**

61 **Mehr Lebensqualität durch Klimaneutralität**

62 Der Weg in die Klimaneutralität bietet riesige Chancen auf mehr Lebensqualität: Städte mit
63 weniger Staus und Abgasen, mit Platz, um sicher Rad zu fahren und zu Fuß zu gehen, zu
64 spielen und zu leben. Dörfer, die endlich angebunden sind an den öffentlichen Nahverkehr.
65 Wälder, in denen auch unsere Kinder noch die Schönheit der Natur entdecken können.
Gesundes

66 Essen, hergestellt unter Wahrung von Tierrechten und Umweltschutz. Klimaschutz ist so viel
67 mehr als reine Technik, er ist die Voraussetzung für ein gesundes Leben auf einer gesunden
68 Erde.

69 **Die Energierevolution: erneuerbar heizen, wohnen, wirtschaften**

70 Klimaneutralität heißt: raus aus den fossilen Energien. Nicht nur der Strom, auch das Benzin
71 in unseren Autos, das Kerosin im Flugzeugtank, das Schweröl im Schiff, das Öl für die
72 Heizung und das Gas im Industriebetrieb müssen auf erneuerbare Energien umgestellt werden.

73 Das ist nichts weniger als eine Energierevolution. Dazu braucht es zuallererst eine massive
74 Ausbauoffensive für die Erneuerbaren, die so schnell wie möglich umgesetzt wird. Daran
75 hängen die Zukunft unseres Industriestandortes und unsere Versorgungssicherheit. Der
76 Ausbaupfad wird durch die Kraft und Kapazität von Industrie und Handwerker*innen beschränkt,
77 darf aber nicht von den politischen Rahmenbedingungen begrenzt werden. Daher beseitigen wir
78 in einem kontinuierlichen Prozess bestehende Ausbauhemmnisse – naturverträglich und
79 zugunsten der Bürger*innen. Unser Ziel ist ab sofort ein jährlicher Zubau von mindestens 5
80 bis 6 Gigawatt (GW) Wind an Land, ab Mitte der 20er Jahre von 7 bis 8 GW, bei Wind auf See
81 wollen wir 35 GW bis 2035. Im Bereich Solarenergie werden wir den Ausbau von beginnend 10
82 bis 12 GW auf 18 bis 20 GW pro Jahr steigern ab Mitte der 20er. Mit einer umfassenden
83 Steuer- und Abgabenreform wollen wir dafür sorgen, dass die Sektorenkoppelung vorankommt
84 und
85 Strom zu verlässlichen und wettbewerbsfähigen Preisen vorhanden ist. Das Energiemarktdesign
86 ändern wir, sodass erneuerbarer Strom nicht länger ausgebremst wird. Wir stellen Sonne und
87 Wind ins Zentrum und ermöglichen es Industrie, Gewerbe und Handel, über flexibleren
88 Verbrauch besonders viel zur Integration der Erneuerbaren beizutragen. Erzeugungsspitzen
89 machen wir nach dem Prinzip „nutzen statt abschalten“ für Speicher und die Produktion von
90 Wärme oder grünem Wasserstoff nutzbar. Doppelte Belastungen und andere Bremsklötze
91 schaffen
92 wir ab. Kritische Infrastrukturen sichern wir mit notstromfähigen Solaranlagen. Verteilnetze
93 und Verbraucher*innen statten wir mit intelligenter Technik aus, damit sie flexibel
94 reagieren können, wenn gerade viel erneuerbarer Strom produziert wird.

93 **Energieeffizienz - weniger ist mehr**

94 Auch in einer Welt der Erneuerbaren ist Energie ein wertvolles Gut, mit dem wir sparsam und
95 effizient umgehen müssen. Das gilt umso mehr, solange wir noch Kohle, Öl und fossiles Gas
96 verbrennen. Unser Ziel sind Gebäude, die gut gedämmt sind, verbrauchsarme Autos, auch wenn
97 sie elektrisch betrieben werden, effiziente Gewerbe- und Industrieprozesse sowie Weitergabe
98 und Nutzung von Abwärme. Dafür machen wir klare ordnungsrechtliche Vorgaben.
99 Strompreisvergünstigungen für Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, sollen
100 an die Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen geknüpft werden. Denn je weniger Energie
101 benötigt wird, desto schneller schaffen wir 100 Prozent Erneuerbare, erreichen die
102 Klimaziele und sparen Kosten für Energieinfrastruktur. Klimaschutz lohnt sich.

103 **Ein Ordnungsrahmen für eine sozial-ökologische Marktwirtschaft**

104 Wir müssen unsere Wirtschaft auf Klimaneutralität und die planetaren Grenzen ausrichten und
105 eine Kreislaufwirtschaft etablieren. Den wirtschaftlichen Aufbruch nach der Corona-Krise und
106 die ökologische Modernisierung wollen wir zusammenbringen. Dazu braucht es eine sozial-
107 ökologische Neubegründung unserer Marktwirtschaft. Wir wollen mit ehrgeizigen Vorgaben in
108 Form von Grenzwerten, CO₂-Reduktionszielen und Produktstandards der deutschen und
109 europäischen Wirtschaft Planungssicherheit geben und Impulse für neue Investitionen setzen.
110 Faire Preise sorgen dafür, dass sich klimagerechtes Handeln lohnt. Forschung und
111 Innovationen für klimagerechtes Wirtschaften wollen wir stärker fördern. Die öffentliche
112 Beschaffung richten wir konsequent auf die ressourcenschonendsten und sozial verträglichsten

113 Produkte und Dienstleistungen aus. So machen wir unsere Wirtschaft zur Spitzenreiterin bei
114 den modernsten Technologien und schützen unsere natürlichen Lebensgrundlagen.

115 **Grüne Digitalisierung**

116 Ob vernetzte Fahrzeuge, effiziente Industrie, punktgenaue Verteilung regenerativer Energie
117 oder intelligente Bewässerung auf Feldern: Mit digitalen und datengetriebenen Innovationen
118 können wir den Energie- und Ressourcenverbrauch besser reduzieren und bei
119 Zukunftstechnologien führend werden. Hierzu fördern und priorisieren wir digitale
120 Anwendungen und Lösungen, die einen Beitrag zur Ressourcenschonung leisten oder
nachhaltiger
121 sind als analoge. Rebound-Effekte gilt es generell zu vermeiden, Suffizienz zu unterstützen.
122 Wir fördern Alternativen zu kritischen Rohstoffen wie seltene Erden und deren
123 menschenrechtskonforme Gewinnung. Ausschreibungs- und Beschaffungskriterien sind so
124 anzupassen, dass möglichst sozial-ökologisch nachhaltige Technologien vorrangig zum Einsatz
125 kommen. Bei IT-Beschaffungen des Bundes müssen Faktoren wie Herstellerabhängigkeit,
126 Folgebeschaffung, technische Offenheit, Sicherheit, Datenschutz, Reparaturfähigkeit,
127 Nachhaltigkeit und soziale Kriterien zwingend in die Bewertungen einfließen und
128 Zertifizierungen wie der Blaue Engel für IT-Produkte zum Standard werden. Wir wollen alle
129 Rechen- und Datacenter des Bundes nachhaltig umstellen, mit erneuerbarer Energie betreiben
130 und zertifizierte umweltfreundliche Hardware einsetzen. Zugleich gilt es, Anreize zu
131 schaffen, um den Stromverbrauch von Rechenzentren zu reduzieren, einschließlich Umstellung
132 auf Wasserkühlungssysteme, und CO₂-neutrale Rechenzentren zu fördern.

133 **Neue Arbeitsplätze mit guten Bedingungen**

134 Eine ambitionierte Klimaschutzpolitik und der klimaneutrale Umbau der Wirtschaft sind die
135 beste Chance, bestehende Arbeitsplätze in Deutschland und anderen Ländern zu erhalten und
136 neue zu schaffen. Die sozial-ökologische Modernisierung stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der
137 hiesigen Unternehmen und kann zu einer Renaissance von Industriearbeitsplätzen führen. Auf
138 dem Weg zur Klimaneutralität werden in den kommenden Jahren hunderttausende neue Jobs
139 entstehen – Green Jobs. Sie entstehen im Handwerk und in der Bauwirtschaft, in neuen
140 Industriebereichen und der Kreislaufwirtschaft, in der Batteriezellenproduktion und der
141 Wasserstoffindustrie sowie in neuen Dienstleistungsfeldern. Wir wollen, dass die neuen Jobs
142 nach Möglichkeit einem Tarifvertrag oder mindestens gleichwertigen Bedingungen unterliegen.
143 Darauf werden wir auch bei der Förderung von neuen Wirtschaftsfeldern achten.

144 **Sicher im Wandel mit einem Qualifizierungs-Kurzarbeitergeld**

145 Wir sehen es als unsere Verpflichtung, Unternehmen und ihre Beschäftigten auf dem Weg hin zu
146 einem klimaneutralen Wirtschaftssystem zu unterstützen. Gerade auch dort, wo sich Jobprofile
147 grundlegend verändern oder Arbeitsplätze verloren gehen. Es braucht in der ökologischen
148 Transformation ein noch viel besseres Angebot an Weiterbildung und Qualifizierung. Dazu
149 wollen wir ein Recht auf Weiterbildung einführen und mit einem Weiterbildungsgeld auch für
150 Erwerbstätige in Qualifizierungsphasen eine soziale Absicherung schaffen. Mit einem neuen
151 Qualifizierungs-Kurzarbeitergeld ermöglichen wir Unternehmen, in Phasen der Transformation
152 ihre Beschäftigten im Betrieb zu halten und nachhaltig zu qualifizieren. Die
153 Qualifizierungs-Kurzarbeit koppeln wir eng an die Sozialpartnerschaft. Zudem wollen wir die

154 betriebliche Mitbestimmung bei Entscheidungen über die ökologische Transformation stärken.
155 Unternehmen, Gewerkschaften und Betriebsräte wissen gemeinsam am besten, wie die
156 Transformation zu gestalten ist.

157 **Transformationsfonds für die Regionen**

158 Die ökologische Modernisierung ist gerade für viele industriell geprägte Regionen eine große
159 Herausforderung. Um Regionen und insbesondere die dort ansässigen kleinen und mittleren
160 Unternehmen zu unterstützen, wollen wir regionale Transformationsfonds auflegen. Die
161 Förderung richtet sich an Unternehmen, die aus eigener Kraft den ökologischen Strukturwandel
162 nicht bewältigen können, mit ihrem Standort aber fest in der Region verankert sind und dort
163 bleiben wollen. Regionale Akteur*innen aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und
164 Gewerkschaften sollen eingebunden werden und gemeinsame Visionen erarbeiten, wo die
Region
165 sozial und wirtschaftlich in Zukunft stehen sollte. Gleichzeitig wollen wir neue Formate wie
166 Reallabore und Experimentierräume fördern, in denen Zivilgesellschaft, Wissenschaft,
167 Wirtschaft und Kommunen gemeinsam an Lösungen für Herausforderungen vor Ort arbeiten und
168 forschen.

169 **Klimaschutz-Sofortprogramm auflegen**

170 Zentrale Grundlagen unserer Politik sind das Klimaabkommen von Paris sowie der Bericht des
171 Weltklimarates zum 1,5-Grad-Limit, der verdeutlicht, dass jedes Zehntelgrad zählt, um das
172 Überschreiten von relevanten Kippunkten im Klimasystem zu verhindern. Es ist daher
173 notwendig, auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen. Dafür ist unmittelbares und substanzielles
174 Handeln in den nächsten Jahren entscheidend. Doch aktuell lahmt der Ausbau der erneuerbaren
175 Energien, der Kohleausstieg kommt zu spät, im Verkehrs- und Gebäudesektor geht es kaum
176 voran.
177 Gemäß der Klimaentscheidung des Bundesverfassungsgerichts, die auch auf den
178 Sachverständigenrat für Umweltfragen verweist, müssen wir unsere Klimapolitik am
179 Budgetansatz orientieren. Der Weltklimarat beziffert das globale CO₂-Budget ab dem Jahr 2018
180 für das 1,5-Grad-Ziel mit einer 67-prozentigen Wahrscheinlichkeit der Zielerreichung auf 420
181 Gigatonnen CO₂. Der Sachverständigenrat hat daraus ein verbleibendes nationales
182 Kohlenstoffbudget von 6,6 Gigatonnen CO₂ ab 2020 abgeleitet. Bei fortdauernden Emissionen
183 auf heutigem Niveau wäre das deutsche CO₂-Budget in weniger als neun Jahren verbraucht, bei
184 einer linearen Reduktion rund um 2035. Ein längerer Zeitverlauf zur Treibhausgasneutralität
185 erfordert überproportionale Reduktionserfolge in den nächsten Jahren. Deswegen werden wir
186 ein Klimaschutz-Sofortprogramm auf den Weg bringen, das in allen Sektoren sofort wirksame
187 Maßnahmen anstößt, bestehende Ausbauhindernisse beseitigt, naheliegende
Einsparmöglichkeiten
188 umsetzt und auch die Klima- und Entwicklungspartnerschaften im Sinne des globalen
189 Budgetansatzes stärkt. Wir werden das noch immer ungenügende Klimaschutzgesetz
generationen-
190 und budgetgerecht nachschärfen, jahres- und sektorenscharf ausbuchstabieren, die Rolle des
191 Expertenrates für Klimafragen stärken und das deutsche Klimaziel 2030 auf mindestens minus
192 70 Prozent anheben. Unser Ziel ist es, 100 Prozent erneuerbare Energien bis 2035 zu

193 erreichen.

194 So kann Deutschland in 20 Jahren klimaneutral werden.

195 **Klimagerechtes Wirtschaften belohnen**

196 Effektiver und sozial gerechter Klimaschutz muss sich auch ökonomisch lohnen. Derzeit sind
197 die Kosten der Schäden, die durch den Ausstoß einer Tonne CO₂ entstehen, nur sehr gering
198 eingepreist. Nach aktuellen Berechnungen des Umweltbundesamtes verursacht die Emission
einer

199 Tonne CO₂ Schäden von rund 195 Euro. Unser Ziel ist eine Wirtschaft, in der die
200 nachhaltigsten Produkte auch die günstigsten sind. Das wollen wir durch einen klugen Mix aus
201 CO₂-Preisen, Anreizen und Förderung sowie Ordnungsrecht und Abbau von umweltschädlichen
202 Subventionen ändern. Wollte man die Klimaziele allein über die Bepreisung von CO₂ erreichen,
203 würde das unweigerlich zu erheblichen sozialen Unwuchten führen. Einige könnten sich
204 rauskaufen, andere nicht mehr teilhaben. Wir sehen in der CO₂-Bepreisung also ein Instrument
205 von vielen – und werden es wirksam und sozial gerecht einsetzen. Das EU-
206 Emissionshandelssystem (ETS) ist im Lichte des neuen EU-Klimaziels für 2030 zu reformieren,
207 um seine Lenkungswirkung endlich voll und ganz zu erfüllen. Mit einer deutlichen Reduktion
208 von Emissionszertifikaten und der Löschung überschüssiger Zertifikate vom Markt erreichen
209 wir einen CO₂-Preis im Bereich Strom, Industrie und europäischem Luftverkehr, der dafür
210 sorgt, dass erneuerbare Energien statt Kohle und Kerosin zum Einsatz kommen, die Industrie
211 Planungssicherheit bekommt und einen Anreiz hat, in Dekarbonisierung und
212 Technologieführerschaft zu investieren. Für die Bereiche Verkehr und Wärme wurde in
213 Deutschland auf Druck der Klimabewegung und von uns Grünen zudem ein CO₂-Preis
eingeführt,

214 dessen Lenkungswirkung aber weiter sozial gerecht verbessert werden muss. Wir wollen die
215 Erhöhung des CO₂-Preises auf 60 Euro auf das Jahr 2023 vorziehen. Danach soll der CO₂-Preis
216 so ansteigen, dass er im Konzert mit den Fördermaßnahmen und ordnungsrechtlichen Vorgaben
217 die Erreichung des neuen Klimaziels 2030 absichert. Die Einnahmen aus dem nationalen CO₂-
218 Preis geben wir als Energiegeld pro Kopf an die Menschen zurück.

219 **Energiegeld einführen**

220 Damit Klimaschutz sozial gerecht ist, wollen wir die Einnahmen aus dem nationalen CO₂-Preis
221 direkt an die Bürger*innen zurückgeben. Dazu streben wir neben der Senkung der EEG-Umlage
222 ein Energiegeld an, das jede*r Bürger*in erhält. Über das Energiegeld geben wir alle
223 zusätzlichen Einnahmen transparent an die Menschen zurück und entlasten sie direkt, indem
224 sie eine Rückerstattung pro Kopf bekommen. So wird klimafreundliches Verhalten belohnt und
225 es findet ein sozialer Ausgleich im System statt. Unterm Strich werden so
226 Geringverdiener*innen und Familien entlastet und vor allem Menschen mit hohen Einkommen
227 belastet. Bezieher*innen von Transferleistungen wie Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe
228 profitieren ebenfalls, da das Energiegeld nicht auf die Grundsicherung angerechnet werden
229 soll. Um zum Beispiel Pendler*innen mit niedrigen Einkommen bei der Anpassung zu
230 unterstützen, legen wir einen Klimabonus-Fonds auf, der mit großzügigen Hilfen unterstützt,
231 etwa beim Umstieg auf Bus und Bahn oder ein emissionsfreies Fahrzeug.

232 **CO₂-Bremse für alle Gesetze**

233 Wir wollen Klimaschutz systematisch in unsere Rechtsordnung aufnehmen. Die Vorgaben des
234 Pariser Klimavertrages sowie den Atomausstieg wollen wir im Grundgesetz verankern und
235 Ökologie als weiteres Grundprinzip staatlichen Handelns stärken. Dem Staat geben wir mehr
236 Möglichkeiten, durch eine intelligente Steuergesetzgebung ressourcenschonendes Verhalten zu
237 belohnen und die Erzeugung von CO₂ mit einem Preis zu versehen. Für Genehmigungsprozesse
238 führen wir eine Klimaverträglichkeitsprüfung ein. Mit einer CO₂-Bremse machen wir
239 Klimaschutz zur Querschnittsaufgabe, indem wir Gesetze auf ihre Klimawirkung hin prüfen, die
240 Vereinbarkeit mit den nationalen Klimaschutzzielen und dem CO₂- Budget sicherstellen und den
241 möglichen Einsatz von klimafreundlichen Alternativen gewährleisten.

242 **Wir schaffen Versorgungssicherheit mit Erneuerbaren**

243 **Schneller raus aus der Kohle**

244 Nach dem Willen der Großen Koalition werden in Deutschland Kohlekraftwerke noch bis 2038
dem
245 Klima und unserer Gesundheit schaden. Das ist mit den Klimazielen von Paris und dem 1,5-
246 Grad-Pfad nicht vereinbar. Wir setzen uns dafür ein, den Kohleausstieg bis 2030 zu
247 vollenden. In diesem Sinne werden wir alle Möglichkeiten – auch auf EU-Ebene – nutzen. Um
248 nicht erneut den Kohlekonzernen Milliarden an Steuergeldern zu schenken, werden wir die
249 massiven Klimaschäden der Kohleverstromung einpreisen. Das gelingt am besten über den EU-
250 Emissionshandel – mit einem lenkenden CO₂-Preis. Sollte dieser auf europäischer Ebene nicht
251 schnell genug erreicht sein, setzen wir auf einen nationalen CO₂-Mindestpreis im ETS für
252 Industrie und Strom von 60 Euro pro Tonne CO₂. Ein beschleunigter Kohleausstieg bedarf im
253 Sinne der Versorgungssicherheit eines massiven Ausbaus der erneuerbaren Energien und einer
254 Ausrichtung des Energiemarktdesigns auf Sonne und Wind. Zugleich wollen wir für den
255 Gesundheitsschutz die Grenzwerte für den Ausstoß von Schadstoffen, insbesondere
Quecksilber,
256 aus Großfeuerungsanlagen anscharfen. Niemand soll mehr für einen Tagebau sein Zuhause
257 verlassen müssen. Den durch den Braunkohletagebau Garzweiler von Enteignung und
Vertreibung
258 bedrohten Menschen muss das Land Nordrhein-Westfalen endlich Planungs- und
Rechtssicherheit
259 für Erhalt und Zukunft ihrer Dörfer geben. Dies wollen wir im Bund mit den richtigen
260 Rahmenbedingungen unterstützen. Das Bergrecht werden wir grundlegend überarbeiten und
261 Betroffenenrechte, Umwelt- und Naturschutz stärken. Naturholz ist als Rohstoff vielfältig
262 einsetzbar und zu wertvoll, um es in Großkraftwerken zu verbrennen.

263 **Solardächer zum Standard machen**

264 Wir wollen eine Energiewende, bei der alle mitmachen können – Mieter*innen wie
265 Hausbesitzer*innen. Unsere Dächer, Fassaden und Balkons können zu Kraftwerken werden –
jede
266 Fläche mit Solaranlage hilft dem Klimaschutz. Die eigene Strom- und Wärmeenergie wird
267 dezentral und vor Ort erzeugt und genutzt. Unser Ziel sind 1,5 Millionen neue Solardächer in
268 den kommenden vier Jahren. Deshalb werden wir Solardächer fördern und zum Standard
machen.
269 Beginnend mit Neubauten, öffentlichen und Gewerbegebäuden sowie Dachsanierungen wollen

wir

270 diesen neuen Standard perspektivisch auf den Bestand ausweiten. Leasing-, Pacht- und
271 Contractingmodelle können hier unterstützend wirken. Für besonders erhaltenswerte
272 Bausubstanz werden wir Lösungsansätze erarbeiten. Die Mieterstrom-Regeln werden wir
deutlich
273 vereinfachen und Mieterstromprojekte fördern. Bürokratische Hürden für die Nutzung des
274 Stroms vom eigenen Dach wollen wir abbauen, Eigenverbrauch und Direktvermarktung stärken.

275 **Photovoltaik auf dem Land**

276 Die Photovoltaik wollen wir nicht nur auf die Dächer, sondern auch in die Fläche bringen,
277 indem wir die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen verbessern und den Bau
278 erleichtern. Der Ausbau soll vorzugsweise auf versiegelten Flächen, etwa über Parkplätzen,
279 neben Autobahnen und Schienen und auf Konversions- oder Bergbaufolgeflächen, erfolgen und
280 nicht auf wertvollem Ackerland. Neue Flächenkonkurrenzen wollen wir vermeiden und stellen
281 den Mehrfachnutzen für Energieerzeugung, Biodiversität und Landwirtschaft in den
282 Vordergrund. Agri-Photovoltaikanlagen, d. h. Stromproduktion und landwirtschaftliche bzw.
283 gartenbauliche Nutzung auf einer Fläche, können einen wichtigen Beitrag für Klimaschutz und
284 Ökologie leisten. Wenn man es richtig anstellt, können Freiflächenanlagen zu Lebensräumen
285 werden. Landwirtschaftsbetriebe sollen für ökologische Leistungen Geld erhalten und so
286 zusätzliche Erträge erzielen. Wichtig ist zudem die Möglichkeit, direkte langfristige
287 Stromlieferverträge abschließen zu können. Bei der Planung gilt es die Bürger*innen
288 frühzeitig einzubeziehen und zu beteiligen, von den Erlösen müssen die Kommunen profitieren.

289 **Mit Windenergieausbau den Wirtschaftsstandort Deutschland sichern**

290 Auch bei der Windkraft müssen wir schneller vorankommen, zum Beispiel indem wir den Ausbau
291 außerhalb der Ausschreibungen stärken. Beim Windausbau gilt es den Konflikt mit Natur- und
292 Artenschutz zu minimieren, Anwohner*innen zu schützen und die Verfahren zur Genehmigung,
293 auch durch den Abbau bürokratischer Hürden und klare Rahmenbedingungen, zu
beschleunigen. In
294 einem ersten Schritt wollen wir die erneuerbaren Energien als zwingend für die
295 Versorgungssicherheit definieren und dafür 2 Prozent der Fläche bundesweit nutzen. Alle
296 Bundesländer haben hierfür ihre entsprechenden Beiträge zu leisten. Verhinderungsplanungen
297 lehnen wir ab. Exzessive, pauschale Mindestabstände zu Siedlungen leisten keinen Beitrag zur
298 Akzeptanzsteigerung. Wir sorgen mit frühzeitiger Bürger*innenbeteiligung vor Ort, klaren
299 Vorrang- bzw. Eignungsgebieten für Wind sowie mit Ausschlussgebieten und gezielten
300 Artenschutzprogrammen für eine anwohner*innenfreundliche und naturverträgliche
Standortwahl
301 und stärken zugleich den Schutz von Vögeln und Fledermäusen. Wir werden die Planungen und
302 Genehmigungen durch vereinfachte Verfahren, mehr Personal und einheitliche
303 Bewertungsmaßstäbe beschleunigen. Repowering wollen wir erleichtern, sodass alte
304 Windenergieanlagen am gleichen Standort zügig durch leistungsstärkere ersetzt werden
können.
305 Über 20 Jahre alten Anlagen werden wir einen Weiterbetrieb ermöglichen. Den Bau von
306 Windenergieanlagen auch in direkter Nähe zu Industrie und Gewerbe wollen wir unterstützen,
307 um Strom dort zu produzieren, wo er gebraucht wird und wo der Lärmschutz von
Anwohner*innen

308 leichter zu gewährleisten ist. Wir bauen unsere Offshore-Parks weiter aus und verbinden sie
309 in der Europäischen Energieunion mit den Solarparks der Mittelmeerstaaten, mit der
310 Wasserkraft Skandinaviens und der Alpen. Je vernetzter, desto stärker. Ein Kontinent ist für
311 die Energiewende eine gute Größe.

312 **Die Bürger*innen an der Energiewende beteiligen**

313 Wir wollen, dass von der Energiewende möglichst viele profitieren. Deshalb werden wir
314 Bürger*innen-Projekte bei Wind- und Solarparks besonders fördern und alle europarechtlich
315 garantierten Möglichkeiten für Bürger*innen-Energiegemeinschaften vollumfänglich
316 ausschöpfen. Die Kommunen beteiligen wir verbindlich an den Einnahmen aus den
Erneuerbaren-

317 Anlagen, sodass gerade der ländliche Raum von den Gewinnen profitiert. Zudem wollen wir
318 Mieterstrom fördern, entbürokratisieren und so weiterentwickeln, dass Mieter*innen stärker
319 vom Ausbau der Erneuerbaren profitieren.

320 **Unsere Energieinfrastruktur klimaneutral machen**

321 Klimaneutralität in weniger als 30 Jahren heißt, dass die eine fossile Infrastruktur nicht
322 einfach durch eine andere fossile Infrastruktur ersetzt werden darf. Wir leiten daher den
323 Einstieg in den Ausstieg aus den Fossilen ein: Die Planung unserer Infrastruktur für Strom,
324 Wärme und Wasserstoff braucht ein Update und muss Klimaneutralität in den Mittelpunkt
325 stellen. Neue Gaskraftwerke oder Infrastrukturen, die wir für den Kohleausstieg brauchen,
326 darf es deshalb überhaupt nur geben, wenn sie aktuell zwingend notwendig sind und bereits
327 Wasserstoff-ready geplant und gebaut werden. Wir werden die rechtlichen Grundlagen dafür
328 schaffen, dass neue Betriebsgenehmigungen zeitlich befristet erteilt werden und den Wechsel
329 von Erdgas zu erneuerbaren Energieträgern enthalten. Denn auch Erdgas ist ein
330 klimaschädlicher Brennstoff, sein Gebrauch muss immer weiter abnehmen. Die extrem
331 klimaschädlichen Emissionen, die bei Erdgasförderung und -transport entstehen, wollen wir
332 schnellstmöglich reduzieren. Neue Hafenterminals zur Anlandung von Flüssigerdgas sollen
333 nicht mehr genehmigt werden. Neue Erdgas-Pipelines wie Nord Stream 2, die nicht auf grünen
334 Wasserstoff ausgerichtet sind, zementieren auf Jahrzehnte Abhängigkeiten von
335 klimaschädlichen Ressourcen, konterkarieren die Energiewende und sollten gestoppt werden.

336 **Eine grüne Wasserstoffstrategie**

337 Wasserstoff aus erneuerbaren Energien, sogenannter grüner Wasserstoff, ist zentral für die
338 Versorgungssicherheit in einer klimaneutralen Welt. Denn Wasserstoff ist gut speicherbar
339 und, wenn er mit Strom aus erneuerbaren Energien hergestellt wird, auch klimafreundlich.
340 Deutschland ist bei den Technologien zur Erzeugung von Wasserstoff weit vorne. Diese
341 Führungsrolle wollen wir weiter ausbauen und die entsprechende Infrastruktur dafür schaffen.
342 Mit Marktanreizen und einem umfassenden Förderprogramm werden wir die Kapazitäten zur
343 Wasserstoffherstellung in Deutschland schaffen. Auch wenn grüner Wasserstoff prioritär bei
344 uns produziert werden sollte, werden wir zur Bedarfsdeckung Wasserstoff importieren müssen.
345 Die Infrastruktur für Wasserstoffimporte müssen wir jetzt etablieren. Für die Importe werden
346 wir faire Kooperationen mit wind- und sonnenreichen Ländern anstoßen und ausbauen und die
347 Exportländer bei der Energiewende unterstützen. Für den Erfolg dieser Kooperationen ist es
348 unabdingbar, die lokale Bevölkerung einzubeziehen, Menschenrechte zu schützen, sich an den
349 nachhaltigen Entwicklungszielen zu orientieren und dafür auch verbindliche Standards
350 einzuführen. Damit Wasserstoff zur Klimaneutralität beiträgt, muss er aus erneuerbaren

351 Energien hergestellt werden. Das gilt auch für Wasserstoffimporte. Unser Ziel ist, dass
352 erneuerbare Energien effizient und wirtschaftlich genutzt und Elektrolyseure systemdienlich
353 eingesetzt werden. Wasserstoff oder synthetische Kraftstoffe dürfen nicht Teil einer
354 Verzögerungstaktik sein, sondern sollen aktiv zu Klimaneutralität beitragen. Die direkte
355 Nutzung von Strom über Batterien oder Wärmepumpen ist in der Regel viel effizienter. Es gilt
356 daher, Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe gerade dort zum Einsatz zu bringen, wo sie
357 wirklich gebraucht werden: etwa in der Industrie, in der Schifffahrt oder beim Flugverkehr.

358 **Einen Markt für Ökostrom schaffen**

359 Die Einführung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) vor über 20 Jahren war der
360 Startschuss für die Energiewende in Deutschland, inzwischen sind Sonne und Wind zu den
361 günstigsten Energiequellen geworden. Doch jetzt, bei einem Erneuerbaren-Anteil von fast 50
362 Prozent im Strombereich, brauche wir ein Marktdesign, das die Rahmenbedingungen für ein
363 klimaneutrales Energiesystem richtig setzt: Es sichert den schnellen und günstigen Ausbau
364 der Erneuerbaren, den wirtschaftlichen Betrieb von Speichern, flexiblen Erzeugern und
365 Verbrauchern sowie einen ausreichenden Netzausbau. Dafür treiben wir eine grundlegende
366 Reform des Energierechts voran. Die Sektorenkopplung unterstützen wir, indem die
367 systemdienliche Nutzung von erneuerbarem Strom gestärkt wird und regionale Unterschiede
368 berücksichtigt werden. Erste Wind- und große Solaranlagen benötigen bereits heute keine EEG-
369 Zahlungen mehr, und der Trend zu langfristigen Lieferverträgen zwischen Ökostromerzeugern
370 und Verbraucher*innen unterstützt diese Entwicklung. Ebenso sollen Endkund*innen den Strom
371 künftig besser direkt von Ökostromerzeugern kaufen können. Das EEG entwickeln wir so von
372 einem Förder- zu einem Absicherungsinstrument des Erneuerbaren-Ausbaus weiter. Die EEG-
373 Umlage wird damit langfristig automatisch auslaufen.

374 **Netzausbau beschleunigen**

375 Um die Energiewende zum Erfolg führen zu können, müssen wir auch die Netze schneller
376 ausbauen. Sie sorgen dafür, dass die Energie von dort, wo sie erzeugt wird, so schnell wie
377 möglich dorthin gelangt, wo sie benötigt wird. Ein kluger Mix aus lokaler Erzeugung,
378 Speichern und flexiblen Verbrauchern senkt die Kosten und erhöht die Versorgungssicherheit.
379 Voraussetzung für einen weiteren Netzausbau ist, dass er systemdienlich erfolgt und alle
380 Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die bestehenden Netze optimal auszunutzen und durch
381 intelligente Systeme und Speicher zu ergänzen. Wesentlich ist eine frühzeitige
382 Bürger*innenbeteiligung. Sie erhöht die Qualität der Planung und trägt nachweislich dazu
383 bei, dass potenzielle Klagegründe bereits zu Beginn gemeinsam ausgeräumt statt am Ende vor
384 Gericht geklärt werden. Klar ist auch: Die Erneuerbaren genießen Vorrang im Netz. Da
385 Stromübertragungsnetze natürliche Monopole und kritische Infrastruktur darstellen, wollen
386 wir den öffentlichen Einfluss darauf stärken. Dazu wollen wir nach Möglichkeit die
387 staatlichen Anteile an den vier Übertragungsnetzbetreibern in Deutschland erhöhen und sie in
388 eine Bundesnetzgesellschaft in Bundeshand überführen. Wir treiben außerdem eine Reform der
389 Netzentgelte voran, die die Transparenz stärkt, die Kosten der Energiewende fair verteilt
390 und eine Benachteiligung ländlicher Regionen – insbesondere im Norden und Osten – bei der
391 Finanzierung notwendiger Netzausbaukosten beseitigt.

392 **Klima-Sanierungsoffensive bei Gebäuden**

393 Es ist höchste Zeit, dass alle Neubauten und Bauwerke inklusive der Baustoffe im gesamten
394 Lebenszyklus klimaneutral geplant werden und entsprechend umfassende energetische

395 Sanierungen erfolgen. Dreh- und Angelpunkt ist die Festlegung hoher Bau- und
396 Sanierungsstandards: bei Neubauten KfW 40, was in etwa dem Passivhausstandard entspricht,
im
397 Gebäudebestand nach Sanierung KfW 55 – mit Ausnahmen für denkmalgeschützte Gebäude.
Die KfW-
398 Förderprogramme werden wir weiterentwickeln, auch in Bezug auf die Verwendung nachhaltiger

399 Baustoffe. Für die Aussöhnung von Baukultur und energetischer Sanierung wollen wir klare
400 Regelungen schaffen, die beiden Zielen angemessen sind. Die Sanierungsquote muss sehr
401 schnell verdoppelt und weiter gesteigert werden. Der Einsatz von serieller Sanierung kann
402 hier ein Weg sein. Die öffentliche Hand muss mit ihren Gebäuden als Vorbild vorangehen. Für
403 den Bestand muss gelten: Bei jedem Eigentümerwechsel muss ein Sanierungsfahrplan
vorgelegt
404 werden. Bei der Umsetzung des Sanierungsfahrplans können Förderprogramme unterstützend
405 wirken. Wenn im Gebäudebestand ein Heizungs austausch ansteht oder umfassend saniert wird,
406 aber auch im Neubau, sollen, wo möglich, ausschließlich erneuerbare Wärmequellen zum
Einsatz
407 kommen. Wir legen dazu ein Investitionsprogramm für zwei Millionen hocheffiziente
408 Wärmepumpen bis 2025 auf. Auch die Fern- und Nahwärme wollen wir dekarbonisieren und
richten
409 die Förderung an klimaneutralen Lösungen aus. Für die Energieeffizienz ist es maßgeblich,
410 von der Einzelbeheizung weg und hin zu verknüpften Systemen zu kommen, in denen aus
411 verschiedenen Erneuerbaren-Quellen wie Abwärme, Geo- oder Solarthermie Wärme eingespeist
und
412 gespeichert wird. Dabei werden wir auch Industrie und Wirtschaft in die Wärmesysteme
413 einbinden. Solche verbundenen klimaneutralen Energiesysteme werden wir fördern, besonders
in
414 städtischen Gebieten.

415 **Wärmewende fair gestalten**

416 Die Wärmewende muss mit wirksamem Mieter*innenschutz und gezielter Förderung
einhergehen.
417 Wir wollen mit dem sogenannten Drittelmodell die Kosten für klimafreundliche
418 Modernisierungen fair zwischen Vermieter*innen, Staat und Mieter*innen verteilen, sodass sie
419 für alle bezahlbar und für die Vermieter*innen angemessen wirtschaftlich werden. Die
420 Modernisierungsumlage wollen wir strikt begrenzen, damit Kosten nicht einfach auf die
421 Mieter*innen abgewälzt werden können. Mit einem Zuschuss zum Wohngeld, dem
Klimawohngeld,
422 ermöglichen wir auch Empfänger*innen von Wohngeld, in klimafreundlichen Wohnungen zu
leben.
423 Bei der CO₂-Bepreisung im Wärmebereich erreichen wir Lenkungswirkung, wenn diejenigen
dafür
424 aufkommen, die die Klima-Investitionen auch tätigen: die Hauseigentümer*innen. Denn sie sind
425 es, die etwas am Zustand der Gebäude und der Wärmeversorgung ändern können, während sie
426 zugleich von der Wertsteigerung durch die Modernisierung profitieren. Für Kommunen sollen
427 regionale Wärme- und Energie- sowie integrierte Quartiersplanungen verbindlich gelten. Dabei
428 unterstützen wir durch das Aktionsprogramm Faire Wärme mit Steuervergünstigungen,

429 kostenloser Beratung und zielgerichteten Förderprogrammen den Umbau hin zu einer
430 klimaneutralen Wärmeversorgung.

431 **Atomausstieg vollenden - Endlagersuche zum Erfolg führen**

432 Atomkraft ist nicht geeignet, die Klimakrise zu bekämpfen. Wir werden den Atomausstieg in
433 Deutschland vollenden. Doch obwohl Atomkraft eine Hochrisikotechnologie ist, wird bei uns
434 immer noch Uran angereichert, werden Brennstäbe hergestellt und exportiert. Unser Ziel ist
435 es, die Atomfabriken in Gronau und Lingen schnellstmöglich zu schließen. Der Betrieb des
436 Forschungsreaktors Garching mit hochangereichertem Uran gehört beendet. Zum Erbe der
437 Atomenergienutzung gehört die Endlagersuche. Wir bekennen uns zum verabredeten Pfad der
438 Standortsuche mit höchsten Sicherheitsstandards bei größtmöglicher Transparenz und
439 Beteiligung der Bevölkerung. Der Rückbau der bestehenden Atomkraftwerke muss schleunigst
und
440 ohne Zeitverzögerung auf höchstem Sicherheitsniveau erfolgen. Auch hier gilt, dass wir mit
441 diesen Altlasten nicht die nachfolgenden Generationen belasten dürfen. Voraussetzung dafür
442 ist eine Zwischen- und Endlagerung von schwach-, mittel- und vor allem von hochradioaktivem
443 Abfall bei höchsten Sicherheitsstandards. Dafür ist ein Gesamtkonzept Voraussetzung. Vor
444 allem die Sicherheit gegen Terroranschläge muss gewährleistet sein, da die Zwischenlager
445 noch lange Zeit benötigt werden. Wir werden dafür sorgen, dass die Lagerung und die
446 Transporte streng überwacht werden. Auch in der EU wollen wir den Einstieg in den Ausstieg
447 vorantreiben. Wir setzen uns für eine Reform von Euratom, gegen die weitere Privilegierung
448 oder neue Förderungen der Atomkraft, und für verbindliche Sicherheitsstandards aller
449 Atomanlagen in Europa ein. So können alte und unsichere Reaktoren an Deutschlands Grenzen
450 schnell vom Netz genommen werden. Einspruchsmöglichkeiten bei Neubau oder
451 Laufzeitverlängerung von Atomanlagen in Europa wollen wir ausschöpfen und aus der
452 gemeinsamen Haftung der Staaten für Atomunfälle aussteigen.

453 **Wir sorgen für nachhaltige Mobilität**

454 **Der Mobilitätswende eine Grundlage geben**

455 Der Weg zur Klimaneutralität erfordert, unsere Mobilität im 21. Jahrhundert grundlegend neu
456 zu denken. Darin liegt eine große Chance: Städte und Dörfer mit mehr Lebensqualität,
457 Mobilität ohne Klimazerstörung, ohne Staus und Verkehrstote, mehr Freiheit, Teilhabe und
458 Wohlstand sind möglich. Mit einem Bundesmobilitätsgesetz wollen wir eine neue Grundlage für
459 die Verkehrspolitik und -gesetzgebung schaffen. Statt eines Verkehrsmittels, des Autos,
460 stellen wir den Menschen und seine vielfältigsten Bedürfnisse in den Mittelpunkt, vor allem
461 die der Verletzlichsten in unserer Gesellschaft, also der Kinder, Jugendlichen, Senior*innen
462 und Menschen mit Handicaps. Mobilitätspolitik wird konsequent an den Mobilitätsbedürfnissen
463 der Menschen, an Sicherheit, Klimaschutz, Verkehrsvermeidung, Flächengerechtigkeit,
464 Lärmschutz und Luftqualität, sozialer Teilhabe und Geschlechtergerechtigkeit ausgerichtet.
465 Statt wie seit Jahrzehnten einen Verkehrsträger einseitig zu bevorzugen, sorgen wir für eine
466 faire Balance – mit einer starken Bahn, einem modernen ÖPNV und besten Bedingungen für
467 Radfahrer*innen und Fußgänger*innen. Die Mobilitätswende braucht nicht nur eine bessere
468 gesetzliche Grundlage, sondern auch eine Beschleunigung in der Umsetzung. Dazu wollen wir
469 eine umfassende Ausbildungs- und Forschungsoffensive starten.

470 **Investitionen für starke Bahnen**

471 Eine leistungsfähige, verlässliche Bahn ist das Rückgrat einer nachhaltigen Verkehrswende.
472 Wir wollen den Deutschlandtakt weiterentwickeln und realisieren, um den Menschen mit mehr,
473 resilienteren und besser aufeinander abgestimmten Bahnangeboten in Stadt und Land
attraktive
474 und für alle bezahlbare Mobilitätsangebote zu machen. Dafür wollen wir alle deutschen
475 Großstädte regelmäßig an den Fernverkehr anbinden, die Takte im Regionalverkehr verdichten
476 und den Zugverkehr wieder stärker in die Fläche bringen. Stillgelegte Bahnstrecken wollen
477 wir schnellstmöglich reaktivieren. Ergänzen wollen wir diese Angebote durch schnelle
478 Sprinterzüge und Nachtzüge, die alle großen europäischen Metropolen bezahlbar miteinander
479 verbinden. Lücken und Engpässe sowohl im innerdeutschen als auch im grenzüberschreitenden
480 Schienennetz sowie in den Bahnknoten wollen wir schließen. Den Aus- und Neubau, die
481 Elektrifizierung und Digitalisierung des Netzes treiben wir zügig voran. Die bundeseigene
482 Infrastruktur wollen wir vom Druck, Gewinne erzielen zu müssen, und von der chronischen
483 Unterfinanzierung befreien und dafür entsprechende Strukturen schaffen. Wir wollen 100
484 Milliarden Euro, verteilt auf die Jahre bis 2035, zusätzlich in Schienennetz und Bahnhöfe
485 investieren und im Zusammenwirken mit den Ländern die Regionalisierungsmittel
zweckgebunden
486 noch einmal erhöhen, sodass sich die Pro-Kopf-Investitionen an das europäische Niveau
487 angleichen. Um die Investitionen langfristig und zuverlässig zu finanzieren, schaffen wir
488 einen Infrastrukturfonds, der sich auch aus Einnahmen aus der Lkw-Maut speist. Die
489 Trassenpreise wollen wir deutlich senken, um Anreize für Verkehrsverlagerungen auf die
490 Schiene zu verstärken. Bahnhöfe wollen wir zu modernen, barrierefreien Mobilitätsstationen
491 aufwerten. Die Kombination von Bahn mit dem Fahrrad- und Busverkehr wird dadurch deutlich
492 verbessert, dazu sollen auch die Mitnahmemöglichkeiten für Fahrräder im Zug erweitert
493 werden. Den Lärmschutz auch an dichtbefahrenen Bestandsstrecken verstärken wir,
494 Barrierefreiheit der Bahn wollen wir in zehn Jahren erreichen. Wir sorgen dafür, dass
495 Bahnfahren für alle
496 bezahlbar ist. Gerade junge Menschen in Ausbildung oder Studium wollen wir bei
497 klimafreundlicher und
498 bezahlbarer Mobilität besonders unterstützen. Wir wollen, dass in Zukunft auch alle
499 Freiwilligendienstleistende wie Soldat*innen kostenfrei mit der Deutschen Bahn fahren
500 dürfen. Den Deutsche-Bahn-Konzern wollen wir transparenter und effizienter machen und auf
501 das Kerngeschäft ausrichten, die Eisenbahn in Deutschland und im benachbarten europäischen
502 Ausland. Wir setzen auf starke Verlagerungen von Straßen- und Flugverkehr auf die Schiene.
503 Mit uns wird die Bahnbranche ein noch stärker wachsender Jobmotor mit sicheren
504 Arbeitsplätzen.

505 **ÖPNV ausbauen**

506 Busse und Bahnen sind für alle da, bieten preiswerte Mobilität und verringern den
507 Autoverkehr. Wir wollen die Fahrgastzahlen im ÖPNV bis 2030 verdoppeln. Dazu muss der
508 öffentliche Personennahverkehr attraktiver, innovativer und vollständig barrierefrei werden.
509 Wir wollen den ÖPNV zudem besser verknüpfen – vom Fernverkehrsnetz bis hin zu Bike & Ride –
510 und regionale Kooperationen stärken. Zusammen mit den Ländern werden wir eine Zukunfts-
und
511 Ausbauoffensive starten, durch eine Mobilitätsgarantie flächendeckende Anbindungen schaffen,
512 Investitionen in Fahrzeuge und das ÖPNV-Netz erhöhen und Finanzierungsinstrumente wie das
513 Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und die Regionalisierungsmittel für diese Ziele

514 ausbauen.

515 Den Einsatz von emissionsfreien Bussen wollen wir durch ansteigende Quoten und durch
516 attraktive Förderung für die Kommunen vorantreiben sowie, wo möglich, vorrangig den Ausbau
517 und die Reaktivierung von Straßenbahnen unterstützen. Mobilität darf nicht vom Geldbeutel
518 abhängen: Länder, Kommunen und Verbünde wollen wir dabei unterstützen, attraktive
519 Preisangebote bis hin zu ticketlosem ÖPNV zu machen und neue Finanzierungsquellen wie eine
520 Umlagefinanzierung zu erschließen.

521 **Deutschland wird Fahrradland und stärkt die Fußgänger*innen**

522 Das Fahrrad hat für die Mobilitätswende riesiges Potenzial. Bereits jetzt boomt die
523 Fahrradindustrie und schafft Arbeitsplätze. Um diese Potenziale auszuschöpfen, wollen wir
524 Deutschland zum Fahrradland machen. Radfahren muss sicher und attraktiv sein – überall.
525 Radwege in Städten, Pendelstrecken oder Verbindungen von Dorf zu Dorf wie auch touristische
526 Radwege sollen sich durch hohe Qualität und hohe Sicherheitsstandards, wie eine separierte
527 Radinfrastruktur, sowie eine gute Beschilderung und Kartierung auszeichnen. Unsere Vision
528 ist ein lückenloses Fahrradnetz in ganz Deutschland mit Anschlüssen in den Grenzregionen.
529 Die Empfehlungen des Nationalen Radverkehrsplans, die sich an den Bund richten, werden von
530 uns schnellstmöglich umgesetzt; Kommunen, Länder und Unternehmen werden bei der
Umsetzung
531 ihres Teils der Aufgaben umfassend unterstützt. Die Anzahl der Wege mit Rad und zu Fuß soll
532 bis 2030 verdoppelt werden. Um diese Ziele zu erreichen, wollen wir die Pro-Kopf-
533 Investitionen gemeinsam mit Ländern und Kommunen deutlich erhöhen. Wir verstärken die
534 Bundesförderung und Beratungsangebote für den Ausbau und die Modernisierung der
535 Radinfrastruktur, schaffen ein schlagkräftiges Kompetenzzentrum Radverkehr und
bezuschussen
536 die Anschaffung von Job- und Lastenrädern sowie S-Pedelecs. Das Straßenverkehrsrecht
537 reformieren wir, damit Radfahrer*innen besser geschützt sind und einen gleichberechtigten
538 Platz im Straßenraum bekommen. An Verkehrswegen des Bundes sollen gut ausgebaute
Radwege
539 nach niederländischem Vorbild im Bestand und bei Baumaßnahmen zur Regel werden. Mit einer
540 nationalen Fußmobilitätsstrategie schaffen wir Barrierefreiheit, Verkehrssicherheit und mehr
541 Aufenthaltsqualität für Fußgänger*innen.

542 **Mobilpass einführen**

543 Autonomes Fahren, vernetzte Mobilitätsangebote, nutzen statt besitzen – der digitale
544 Fortschritt wird unseren Alltag in den nächsten Jahren grundlegend verändern. Wir wollen die
545 deutsche Mobilitätswirtschaft zur Vorreiterin für neue Mobilitätslösungen machen und die
546 Digitalisierung nachhaltig, inklusiv und ausgewogen für die Verkehrswende nutzen.
547 Echtzeitinformationen und ein einheitliches Ticketsystem müssen im ÖPNV Standard werden.
548 Damit man problemlos überall von A nach B kommt, wollen wir mit dem Mobilpass die Angebote
549 von 120 Verkehrs- und Tarifverbänden in Deutschland vereinfachen und verknüpfen und
Sharing-
550 und Ridepooling-Dienste so integrieren, dass Sozial- und Umweltdumping ausgeschlossen sind.
551 Bei der Vernetzung sind das Open-Data-Prinzip und offene Schnittstellen zu beachten. Wir
552 wollen den Wechsel zu Fahrrad, Bus und Bahn für alle attraktiv machen und auch finanziell
553 fördern. Der Mobilpass soll ebenso Sozialtarife und ticketlose Nutzung fördern. Alle

554 Mobilitätskonzepte müssen barrierefrei sein und eine Teilnahme auch ohne eigene digitale
555 Endgeräte ermöglichen. Für autonomes Fahren verbessern wir den Rechtsrahmen mit
Schwerpunkt
556 auf dem öffentlichen Verkehr. Fahrgastrechte wollen wir durch automatisierte
557 Entschädigungsverfahren stärken.

558 **Mehr Sicherheit durch die Mobilitätswende**

559 Alle Menschen sollen sich in ihrem Alltag angstfrei fortbewegen und unversehrt ihre Ziele
560 erreichen können. Gerade Kinder, ältere Menschen oder Menschen mit Behinderung brauchen
eine
561 besondere Aufmerksamkeit bei der Verkehrsplanung. Damit mehr Menschen auf das Fahrrad
562 steigen oder öfter zu Fuß gehen, sind zeitgemäße Verkehrsregeln, eine sichere Gestaltung der
563 Verkehrsinfrastruktur und eine Neuverteilung der Flächen entscheidend. Unser Ziel ist die
564 Vision Zero, d. h. keine Töten und Schwerverletzten mehr im Straßenverkehr. Um mehr
565 Sicherheit auf den Straßen zu erreichen, wollen wir in geschlossenen Ortschaften das Regel-
566 Ausnahme-Verhältnis umkehren. Tempo 30 ist dann die Regel, Abweichungen wie Tempo 50
werden
567 vor Ort ausgewiesen. Für die Autobahnen wollen wir ein Sicherheitstempo von 130 km/h. Wenn
568 besondere Gründe es notwendig machen, wie beispielsweise in Städten oder Ballungsgebieten
569 oder um sie herum, dann gelten maximal 120 km/h. Um die vielen Unfälle von
570 Fahrradfahrer*innen und Fußgänger*innen in Innenstädten zu verhindern, wollen wir
571 verbindlich technische Lösungen wie Lkw-Abbiegeassistenzsysteme, vollautomatische
572 Assistenzsysteme oder Warnsysteme voranbringen. Wir setzen uns ein für eine Reduzierung von
573 unnötigem und mutwilligem Lärm, wie er zum Beispiel auch von zu lauten Motorrädern und
Pkws
574 ausgeht.

575 **Den Autoverkehr klimaneutral gestalten**

576 Der Automobilverkehr muss in den nächsten zehn Jahren endlich einen starken Beitrag zum
577 Klimaschutz leisten. Bisher sind dort die Emissionen immer weiter gestiegen, es braucht
578 jetzt die Trendwende. Zum Erreichen der Klimaneutralität muss der Autoverkehr abnehmen und
579 gleichzeitig emissionsfrei werden. Wir werden dafür sorgen, dass dank besserer Züge, Busse,
580 Rad- und Fußwege und flankierender Maßnahmen bis 2030 mehr als die Hälfte der Wege im
581 Umweltverbund zurückgelegt werden. Das Auto wird aber für viele weiterhin wichtig sein. Die
582 Autos müssen in der Summe im Sinne der Lebensqualität aller digitaler, leiser, kleiner und
583 leichter sowie klimaneutral und besser recyclebar sein. Dabei geht es uns auch darum, mit
584 Hilfe von Digitalisierung, autonomem Fahren und der Stärkung neuer
585 Mobilitätsdienstleistungen Autos effizienter zu nutzen und auf diese Weise mehr Mobilität
586 bei weniger Verkehr zu fördern. Ab 2030 dürfen deshalb nur noch emissionsfreie Autos neu
587 zugelassen werden; den Weg dorthin bereiten europäische CO₂-Flottengrenzwerte und eine
588 ansteigende nationale Quote, die sich am 1,5-Grad-Pfad orientieren. Bis 2030 müssen aber
589 bereits in relevantem Maße bisherige Verbrennerfahrzeuge durch E-Autos ersetzt werden, deren
590 Anteil soll daher bis 2030 auf mindestens 15 Millionen Fahrzeuge steigen. So sorgen wir für
591 saubere Luft, erfüllen unsere Klima- und Umweltziele und die Automobilindustrie kann ihre
592 Entwicklungsarbeit und ihre Investitionen verlässlich planen.

593 Das sichert zukunftsfähige Arbeitsplätze und neue Geschäftsmodelle. Die Kaufförderung
594 emissionsfreier Autos wollen wir in ein Bonus-Malus-System überführen und für Elektro-
595 Leichtfahrzeuge öffnen. Klimafreundliche Autos werden billiger, klimaschädliche teurer. Auch
596 die Umrüstung bestehender Verbrenner zu emissionsfreien Autos wollen wir fördern. Zudem
597 nutzen wir Regulierung, verpflichtende Verbraucherinformationen und Anreize, um Autos
598 insgesamt leichter und effizienter zu machen. Wir beenden schrittweise die Dieselsubvention
599 und gestalten die Dienstwagenbesteuerung sozial-ökologisch um. Wir beschleunigen den
600 flächendeckenden Ausbau einer einheitlichen Ladeinfrastruktur, besonders im ländlichen Raum,
601 inklusive Schnellladesäulen. Laden muss flächendeckend in Deutschland und Europa schnell,
602 ökologisch, günstig und bequem möglich sein.

603 **Moderne Verkehrsinfrastruktur**

604 Die Verkehrspolitik hat jahrzehntelang einseitig Straßenbau und Pkw-Verkehr gefördert. Sie
605 reißt damit alle Klima- und Nachhaltigkeitsziele und führt doch tagtäglich zu Staus. Das hat
606 keine Zukunft – moderne Mobilität für dieses Jahrhundert verlangt neue Prioritäten.
607 Deutschland braucht eine Infrastrukturentwicklung, die den 1,5-Grad-Pfad einhält und allen
608 Menschen zukunftsfähige und sichere Mobilität ermöglicht. Wir legen den Fokus auf den Ausbau
609 von Geh-, Rad- und Schienenwegen, eine gleichberechtigte Verteilung von Flächen, die
610 Umnutzung bestehender Infrastrukturen sowie eine intelligente barrierefreie Vernetzung
611 umweltfreundlicher Verkehrsmittel. Auch die Vermeidung von Verkehr und daraus resultierenden
612 Belastungen, unter anderem durch bessere Bedingungen für Homeoffice und die Wiederkehr
613 der
614 Nahversorgung in Orte und Stadtviertel, werden wir unterstützen. An den Verkehrswegen wollen
615 wir für zusätzliche Bäume und ihren Bestandserhalt als Teil einer grünen Infrastruktur
616 sorgen. Der bisherige Bundesverkehrswegeplan wird diesen Ansprüchen überhaupt nicht
617 gerecht.
618 Trotz Klima- und Artenkrise und obwohl Deutschland eines der dichtesten Straßennetze der
619 Welt hat, enthält der Bundesverkehrswegeplan noch hunderte weitere Straßenbauprojekte, die
620 unsere Landschaften und unsere Natur zerschneiden und den Klimaschutz gefährden.
621 Deutschland
622 hat keinen Mangel an Straßen, erst recht keinen an Autobahnen. Wir wollen deshalb den
623 Bundesverkehrswegeplan schnellstmöglich durch einen neuen Bundesnetzplan ersetzen, der die
624 Verkehrsinfrastrukturplanung systematisch an den Erfordernissen der Mobilitätswende
625 ausrichtet und die bis 2030 vorgesehenen Neu- und Ausbauten von Autobahnen und
626 Bundesfernstraßen deutlich reduziert. Dies erfordert eine grundsätzliche Änderung der
627 bisherigen standardisierten Bewertungsverfahren, Berechnungsgrundlagen und Kriterien unter
628 Berücksichtigung der tatsächlichen Klima- und Umweltkosten, die gründliche Prüfung von
629 Alternativen, die auch andere Verkehrsträger einbezieht, eine Verbesserung der bisher
630 unzureichenden Beteiligung der Bürger*innen und Verbände sowie die Abkehr vom sogenannten
631 Finanzierungskreislauf Straße. Wir schützen damit unsere Wohngebiete, Wald und Wasser,
632 Moore
633 und Artenvielfalt und so unsere eigenen Lebensgrundlagen. Angesichts der Klimakrise darf

630 nicht gelten: Nur weil es schon immer so geplant war, muss das jetzt auch gemacht werden.
631 Die anstehende Überprüfung des aktuellen Bundesverkehrswegeplans werden wir zudem
632 nutzen, um
633 alle nicht im Bau befindlichen Abschnitte sowie besonders umweltschädliche Straßenneubau-
634 und Straßenausbauprojekte einer Klima-, Umwelt- und Bedarfsprüfung zu unterziehen und sie
635 dadurch deutlich zu reduzieren. Bis zum Abschluss der Überprüfung dürfen bei diesen
636 Projekten keine irreversiblen Fakten geschaffen werden. Das gilt umso mehr, weil der
637 ausufernde Straßenneubau Mittel bindet, die wir anderswo viel dringender brauchen. Die
638 Mittel für den Straßenneu- und -ausbau werden wir deshalb weitgehend umschichten -
639 zugunsten
640 der Sanierung maroder Infrastruktur und des Ausbaus der Schienen- und Radwegeinfrastruktur.
641 Dazu gehört auch eine gründliche Bewertung der finanziellen Risiken des Straßenbaus und der
642 neuen Autobahngesellschaft. Straßenfahrzeuge und Züge sollen leiser werden, durch mehr
643 aktiven Lärmschutz auch im Bestand. Dort, wo wir den Lärm nicht direkt an der Quelle mindern
644 können, sorgen wir für besseren Lärmschutz.

643 **Mobil auf dem Land durch eine Mobilitätsgarantie**

644 In ländlichen Räumen ist die Mobilitätswende am anspruchsvollsten, denn viele Menschen sind
645 dort auf das Auto angewiesen. Zugleich schränkt diese einseitige Autozentrierung die
646 Autonomie von Kindern, Jugendlichen und Menschen ohne Auto besonders stark ein. Wir wollen
647 erreichen, dass Mobilität auch auf dem Land ohne Auto und barrierefrei möglich ist. Wir
648 wollen mit den Ländern eine Mobilitätsgarantie mit gesetzlich definierten Standards für
649 Erreichbarkeit und Erschließung einführen, erweiterte Angebote an öffentlicher Mobilität in
650 ländlichen Räumen entwickeln, lokale Initiativen unterstützen und Radwege ausbauen. Gerade
651 in strukturschwachen Regionen braucht es eine regelmäßige, verlässliche und barrierefreie
652 Anbindung an den ÖPNV, zum Beispiel durch Schnellbuslinien, und an
653 Mobilitätsdienstleistungen wie Ridepooling- und On-Demand-Verkehre. Dennoch ist das Auto für
654 viele Menschen im ländlichen Raum unverzichtbar und dort gerade für viele Familien kaum
655 wegzudenken. Deshalb setzen wir hier auch besonders auf die Chancen der Antriebswende. Das

656 E-Auto ist insbesondere im Paket mit Solaranlagen auf dem Dach, einem Stromspeicher im
657 Keller und einer Wandladestation in der Garage eine zukunftsfähige Lösung. Zugleich wollen
658 wir Carsharing flächendeckend verfügbar machen und die Errichtung von Carsharing-Stationen
659 fördern, auch an zunächst weniger rentablen Standorten.

660 **Mobilitätswende in der Stadt**

661 Nirgendwo wird die Mobilitätswende sehnlicher erwartet als in den Innenstädten: Unfälle,
662 Staus, Abgase, Lärm, zu wenig Platz für Kinder zum Spielen und für Begegnungsräume - die
663 autozentrierte Stadt ist nicht nur klimaschädlich, sondern auch kein schöner Ort zum Leben.
664 Wir wollen unsere Städte lebenswerter machen und sie dazu bei der Mobilitätswende gezielt
665 unterstützen. Wir werden es ihnen erleichtern, den Raum Straße vielfältig nutzbar zu machen,
666 attraktive Rad- und Fußwege anzulegen, verkehrsberuhigte oder autofreie Innenstädte und
667 Stadtviertel voranzutreiben und mehr Grünflächen auch durch Entsiegelung zu schaffen.
668 Temporäre Umgestaltungen wie Pop-up-Bikelandes sollen erleichtert werden, um Best-Practice-
669 Lösungen testen zu können. Den Städten und Kommunen wollen wir die Planungshoheit
670 zurückgeben, damit sie öffentlichen Raum gerecht aufteilen können, zum Beispiel durch eine
671 stringente Parkraumbewirtschaftung, indem Autos nicht mehr überall, sondern nur noch auf

672 explizit dafür ausgewiesenen Flächen geparkt werden dürfen, oder durch bessere
673 Möglichkeiten, Fahrradparkplätze vorzugeben und Auto- in Fahrradparkplätze umzuwidmen. Wir
674 wollen, auch durch angemessene Bußgelder, Schluss machen mit Falschparken auf Radwegen
und
675 Fußwegen und zugestellten Straßenkreuzungen. Zudem stärken wir die Möglichkeiten, auch
durch
676 europäische Erfolgsmodelle wie eine City-Maut oder eine Nahverkehrsabgabe die
677 Mobilitätswende zu finanzieren, zu fördern und aktiv zu gestalten. Die Ausweitung von –
678 insbesondere stationsbasierten – Carsharing-Angeboten werden wir fördern, da diese für eine
679 Verringerung des Pkw-Bestands in den Städten sorgen.

680 **Flugverkehr zukunftsfähig ausrichten**

681 Fliegen bringt unsere Welt näher zusammen, ist aber eine der klimaschädlichsten
682 Fortbewegungsarten. Nach der Pandemie wollen wir kein Zurück zum unbegrenzten Wachstum
des
683 Luftverkehrs, sondern diesen am Ziel der Klimaneutralität ausrichten. Kurzstreckenflüge
684 wollen wir ab sofort Zug um Zug verringern und bis 2030 überflüssig machen, indem wir massiv

685 Bahnangebote – gerade Direkt- und Nachtzugverbindungen – ausweiten und für faire
686 Wettbewerbsbedingungen zwischen den Verkehrsmitteln sorgen, die die ökologischen Kosten
687 widerspiegeln. Die Zahl von Mittel- und Langstreckenflügen gilt es zu vermindern, zum
688 Beispiel indem öffentliche und privatwirtschaftliche Geschäftsreisen durch die Nutzung von
689 Videokonferenzen entfallen. Das Fliegen wollen wir nachhaltig, zukunftsfähig und langfristig
690 unabhängig von fossilen Treibstoffen machen. Dafür sorgen ein strikter europäischer
691 Emissionshandel, die Förderung moderner Flugzeugtechnologien und die Erhöhung der
692 Beimischungsquoten mit einem klaren Anstiegspfad, der fossiles Kerosin durch strombasierte
693 Kraftstoffe aus Erneuerbaren Schritt für Schritt ersetzt. Bis 2030 soll die Quote statt 2
694 Prozent mindestens 10 Prozent betragen und im Folgejahrzehnt deutlich anwachsen. Den
Aufbau

695 von Produktionsanlagen dafür fördern wir. Umweltschädliche Subventionen sind abzubauen und
696 fortlaufende Finanzhilfen für Flughäfen zu beenden. Außerdem setzen wir uns für die
697 Einführung einer europäischen Kerosinsteuer ein. Bis diese in der EU umgesetzt ist, werden
698 wir auf nationaler Ebene eine Kerosinsteuer für innerdeutsche Flüge einführen. Lohndumping
699 durch Billigflüge muss beendet werden. Einen weiteren Ausbau der Flughafeninfrastruktur
700 lehnen wir ab. Neue Entwicklungen im Flugverkehr, wie zum Beispiel Drohnen, müssen sich
701 daran messen lassen, ob sie einen Beitrag zu einer nachhaltigen Mobilitätswende leisten
702 können. Zur Reduktion von Fluglärm braucht es weniger Flugzeuge, eine Pflicht zum aktiven
703 Schallschutz für leisere Flugzeuge, ein echtes Nachtflugverbot, die Gleichstellung von
704 militärischen und
705 zivilen Flughäfen sowie eine Novellierung der gesetzlichen Grundlagen mit strengeren
706 Grenzwerten. Für den Gesundheitsschutz wollen wir außerdem Grenzwerte für Ultrafeinstaub
707 festlegen.

708 **Zukunftsfähiger Güterverkehr**

709 Jeden Tag werden durch Deutschland Millionen Tonnen an Gütern transportiert, heute zumeist
710 in Form endloser Lkw-Karawanen auf unseren Straßen. In einem klimaneutralen Deutschland
muss

711 auch der Güterverkehr zukunftsfähig, emissionsfrei und weniger lärmintensiv sein. Für
712 weniger Lkw-Verkehr wollen wir den Güterverkehr von der Straße auf die Schiene verlagern.
713 Dafür werden wir die Kombination von Straße, Schiene und Wasser ertüchtigen und Industrie
714 und Gewerbe wieder ans Bahnnetz anschließen – auch in der Fläche. Wir fördern Investitionen
715 in moderne Güterverkehrstechnik, intermodale Güterverkehrszentren und Umschlagterminals
für
716 den kombinierten Güterverkehr. Wir setzen zudem auf regionale Wirtschaftskreisläufe und die
717 Chancen der Digitalisierung und Vernetzung bei der Organisation der Logistik. Den
718 ausufernden Lkw-Verkehr wollen wir durch eine CO₂-orientierte Maut so regulieren, dass die
719 entstehenden Kosten von den Verursacher*innen getragen werden. Zusammen mit
ambitionierten
720 CO₂-Flottengrenzwerten und Quoten, der Förderung klimafreundlicher Antriebe und dem
721 schnellen Aufbau der entsprechenden Infrastrukturen werden auch Lkw absehbar lokal
722 emissionsfrei. Für mehr Sicherheit im Lkw-Bereich braucht es eine bessere Durchsetzung von
723 Arbeitszeitvorschriften. Auch die Arbeitsbedingungen der Lkw-Fahrer*innen müssen erheblich
724 verbessert werden. Dafür werden wir das Bundesamt für Güterverkehr personell aufstocken und

725 diesem mehr Befugnisse erteilen. In der städtischen Logistik wollen wir den Einsatz von
726 Lastenrädern und Cargo-Trams fördern sowie neue Verteilkonzepte wie Cityhubs und die
727 Güterbeförderung auf der letzten Meile per Konzession vorantreiben.

728 **Die Schifffahrt klima- und umweltverträglich machen**

729 Für ein außenhandelsorientiertes Land wie Deutschland ist eine international
730 wettbewerbsfähige maritime Wirtschaft von entscheidender Bedeutung. Wir setzen uns für die
731 Entwicklung eines gemeinsamen Seehafenkonzepts durch Bund und Länder ein, das auf
732 Kooperation der Standorte statt auf Konkurrenz setzt. Die Schifffahrt wollen wir durch
733 verbindliche Emissionsminderungsziele und eine Einbeziehung in den EU-Emissionshandel
734 klimaneutral machen. Wir setzen die politischen Rahmenbedingungen dafür, dass die
735 Schifffahrt schnellstmöglich wekommt vom Schweröl mit seinen giftigen Abgasen und dass
sich
736 stattdessen Landstromanlagen, emissionsarme Terminals, alternative Schiffsantriebe und
737 klimaneutrale Treibstoffe ebenso wie faire Arbeitsbedingungen für alle an der Seefahrt
738 Beteiligten durchsetzen. Dafür drängen wir auf weltweit höhere Standards. Modernisierte
739 Binnenschiffe müssen künftig einen wichtigen Beitrag zum klimaneutralen Gütertransport
740 liefern. Wir sehen uns in der Verantwortung für einen guten ökologischen Zustand aller
741 Wasserstraßen. Marode Wasserstraßen müssen umweltverträglich saniert werden, für
742 Flussvertiefungen soll es ein Moratorium und eine grundsätzliche Überprüfung im Rahmen der
743 Neuaufstellung des Bundesnetzplans im Sinne der neuen UN-Dekade für die Wiederherstellung
744 von Ökosystemen geben.

745 **Wir schützen Natur und Umwelt für ein gutes Leben**

746 **Artensterben stoppen**

747 Biologische Vielfalt sichert das Leben auf der Erde. Ökologische Leitplanken müssen daher
748 unser Handeln definieren – als „Barometer des Lebens“. Um die Krise der Artenvielfalt zu
749 überwinden und das massenhafte Artensterben zu beenden, brauchen wir vor allem eine
andere

750 Landnutzung. Wie beim Klimaschutz zählt auch beim Naturschutz jeder Tag. Deshalb werden wir
751 ein Sofortprogramm Artenschutz auflegen, mit dem wir den Pestizideinsatz deutlich verringern
752 und den Einsatz besonders schädlicher Umweltgifte wie Glyphosat untersagen. Wir wollen den
753 Verkauf von naturwertvollen bundeseigenen Flächen sowie die Entwässerung von
Moorstandorten
754 stoppen und militärische Konversionsflächen dem Naturschutz zur Verfügung stellen. Zur
755 besseren Vernetzung der Schutzgebiete wollen wir Naturschutzkorridore schaffen. Gemeinsam
756 mit den Ländern werden wir die Naturschutzwirkung der Natura-2000-Gebiete verbessern, wo
757 möglich Nationalparks und andere Schutzgebiete vergrößern bzw. neue schaffen sowie das
758 nationale Naturerbe stärken. Damit der Naturschutz endlich ausreichend finanziert wird,
759 werden wir neue Wege gehen: 10 Prozent der Gelder aus dem Energie- und Klimafonds sollen
für
760 Klimaschutz durch Naturschutzmaßnahmen eingesetzt werden. Wir werden den Wildnisfonds
761 ausbauen, damit sich auf mindestens 2 Prozent der Landesfläche wieder echte Wildnis
762 entwickelt, wo Pflanzen und Tiere ungestört leben können. Wir wollen erreichen, dass vor
763 jeder Planung von Infrastrukturvorhaben die Auswirkungen auf Klima, Natur und Umwelt
764 umfassend geprüft und berücksichtigt werden. Auch einer vielfältigen Kulturlandschaft kommt
765 eine große Bedeutung für den Schutz unserer Natur zu. Deshalb wollen wir wertvolle
766 Landschaftselemente wie artenreiche Blumenwiesen, Streuobstbestände, Weinbau-Terrassen,
767 Alleen, Einzelbäume und Blühstreifen entlang von Straßen und auf kommunalen Flächen besser
768 schützen und neu schaffen. Den Verbrauch an Boden in Natur und Landwirtschaft werden wir
769 endlich drastisch reduzieren – in einem ersten Schritt auf unter 30 Hektar pro Tag deutlich
770 vor 2030. Dazu werden wir gemeinsam mit den Ländern und Kommunen Instrumente umsetzen,
mit
771 denen Bauen auf jetzigem Ackerland und Naturboden wirksam begrenzt wird.

772 **Unseren Wald retten**

773 Unser Wald ist durch die Klimakrise – durch Hitzewellen, Dürre und Stürme – stark bedroht.
774 Wir erleben heute schon ein Waldsterben, das weitaus größere Schäden anrichtet, als in den
775 80er Jahren durch den sauren Regen entstanden sind. Naturnahe, artenreiche und klimastabile
776 Waldökosysteme sind widerstandsfähiger als Monokulturen. Sie halten den Wasserkreislauf in
777 Balance und die Böden fruchtbar, speichern Kohlenstoff, reinigen die Luft, sind der
778 Lebensraum zahlreicher bedrohter Tiere, Pflanzen und Pilze, produzieren Rohstoffe und dienen
779 der Erholung und Gesundheitsvorsorge. Wir fördern die Entwicklung gesunder Wälder, die mehr
780 Kohlenstoff binden, als aus ihnen herausgeholt oder freigesetzt wird. Wir wollen gesetzliche
781 Mindeststandards festlegen, damit die Waldbewirtschaftung naturnah wird, den Umbau und die
782 Wieder- und Neubewaldung nach ökologischen Bewirtschaftungsvorgaben ausrichten und die
783 Waldbesitzer*innen dabei mit qualifizierter Förderung und Beratung unterstützen. Das dient
784 auch dem ökonomischen Mehrwert. Im Einklang mit Naturschutz- und Waldbesitzerverbänden
785 setzen wir uns für wald-, natur- und tierschutzgerechte Bejagungsmethoden ein. Die
786 Bewirtschaftung aller Flächen der öffentlichen Hand soll an ökologische Kriterien geknüpft
787 werden – im Wald nach FSC- oder Naturlandstandards, in der Landwirtschaft nach Ökolandbau
788 zertifiziert. Wir wollen als ersten Schritt mindestens 5 Prozent unserer Wälder der Natur
789 überlassen. So schaffen wir die Urwälder von morgen. Weitere Dürrejahre vergrößern die
790 Waldbrandgefahr. Gemeinsam mit Kommunen und Ländern wollen wir eine bundesweite

Präventions-

791 und Bekämpfungsstrategie erarbeiten.

792 **Biologische Vielfalt an Land und im Meer schützen**

793 Der Artenrückgang und die Zerstörung natürlicher Lebensräume schreiten auch global weiter
794 voran. Wir werden uns für ein ambitioniertes Abkommen der Vereinten Nationen zum Erhalt der
795 biologischen Vielfalt einsetzen und es in Deutschland umsetzen. Entsprechend der
796 Biodiversitätsstrategie der Europäischen Union sollen mindestens 30 Prozent der Landfläche
797 und 30 Prozent der Meere wirksam geschützt werden. Die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung
798 wollen wir überall als neue Leitprinzipien verankern und für eine kohärente Politik sorgen.
799 Im Meeresbereich verfolgen wir eine gemeinsame internationale Meeresstrategie. Wir werden
800 uns dafür einsetzen, den Schutz der Meere über verbindliche Abkommen zu schärfen,
801 Vollzugsdefizite und Regellücken zu schließen und damit in den Fokus zu rücken, damit auch
802 bisher legale Verschmutzung, wie zum Beispiel Tankwäschen auf hoher See, verboten und
803 Übernutzung verhindert wird. Wir unterstützen Programme zum Stopp der globalen Entwaldung
804 und zum Schutz oder zur Wiedereinwanderung oder -ansiedlung besonders bedrohter Arten.
805 Landnutzer*innen, deren Lebensunterhalt durch Schutzmaßnahmen bedroht wird, müssen einen

806 Ausgleich erhalten. Gezielte Artenschutzprogramme von Zoos und wissenschaftlichen Instituten
807 wollen wir unterstützen und zugleich die Haltung der Tiere dort verbessern. Lebensräume, für
808 die wir in Deutschland internationale Verantwortung tragen, wie das Wattenmeer und alte
809 Buchenwälder, wollen wir gemeinsam mit den Ländern besser als bisher schützen und
810 entwickeln. Bei Eingriffen in die Natur müssen nicht verantwortbare Risiken, wie die
811 Manipulation oder Ausrottung ganzer Populationen oder Arten durch gentechnische Methoden,
812 sogenannte Gene Drives, ausgeschlossen werden. Es braucht eine umfassende
813 Biomassestrategie,
814 damit die Produktion und der Import von Biomasse zur Energieerzeugung oder für Tierfutter
815 nicht zur Zerstörung der Artenvielfalt führt.

815 **Flüsse und Moore schützen und renaturieren**

816 Die Renaturierung von Flüssen, Auen und Wäldern und die Wiedervernässung von Mooren – all
817 das schützt nicht nur seltene Lebensräume und die biologische Vielfalt, sondern auch das
818 Klima. Deshalb werden wir eine Renaturierungsoffensive starten. Naturnahe Bäche und die
819 letzten frei fließenden Flüsse wie die Elbe müssen erhalten bleiben, einen Ausbau der Oder
820 lehnen wir ab, das gilt auch für die Tideelbe. Maßnahmen, die den ökologischen Zustand
821 unserer Fließgewässer verschlechtern, sind nicht erlaubt. Diese Vorgabe aus dem europäischen
822 Recht werden wir durchsetzen. Flüsse mit weiten Auen und Überschwemmungsgebieten sind
823 auch
824 der beste Schutz gegen Hochwasser und halten das Wasser in der Landschaft. Wir werden
825 deshalb die Aufgaben der Bundeswasserstraßenverwaltungen nach ökologischen Kriterien neu
826 ausrichten. Spezifische Programme für wilde Bäche, naturnahe Flüsse, Seen, Auen und
827 Feuchtgebiete wie das Blaue Band wollen wir stärken und gemeinsam mit den Ländern die EU-
828 Wasserrahmenrichtlinie endlich konsequent umsetzen. Moorschutz ist Klimaschutz. Daher
829 wollen
830 wir ein Ende der Torfnutzung und unsere Moore so schnell und umfassend wie möglich
831 wiedervernässen. Dazu legen wir gemeinsam mit den Ländern ein großflächig wirksames Moor-
832 Renaturierungsprogramm auf. Um die noch intakten Moore vor Torfabbau, Überdüngung und

831 Entwässerung zu retten, werden wir sie unter strengen Schutz stellen. Für genutzte Moorböden
832 wollen wir ökonomische Perspektiven für eine nachhaltige nasse Landwirtschaft ermöglichen
833 und extensive Weidewirtschaft und Paludikultur stärken.

834 **Sauberes Wasser ist Leben**

835 Wasser ist unser wichtigstes Lebensmittel. Düngemittel, Pestizide, Waschmittelrückstände und
836 Medikamentenreste gehören nicht in unser Wasser. Zum Schutz unseres Grundwassers, der
837 Seen,
838 Flüsse und Meere wollen wir deshalb klare gesetzliche Vorgaben, etwa zur Flächenbindung der
839 Tierhaltung und des Pestizid- und Düngemittleinsatzes, verankern sowie die Kläranlagen
840 verbessern. Ein Verursacherfonds und eine Reform der Abwasserabgabe sollen so zu einer
841 fairen Verteilung der Kosten von Abwasser- und Trinkwasseraufbereitung führen. Wir wollen
842 die Produktverantwortung von Hersteller*innen stärken. So verringern wir etwa durch
843 verbesserte Genehmigungs- und Entsorgungsvorschriften für Medikamente die Bildung von
844 Resistenzen und andere Gefahren von Arzneimittelrückständen im Wasser. Besonders
845 gefährliche
846 und schlecht abbaubare Schadstoffe dürfen nicht mehr in den Wasserkreislauf gelangen. Wir
847 setzen das EU-Wasserrecht endlich konsequent um und reduzieren den Eintrag von
848 hormonverändernden Stoffen und Mikroplastik ins Wasser deutlich. Den Vorrang der
849 Trinkwasserversorgung gegenüber gewerblicher Nutzung gilt es sicherzustellen,
850 Wiederverwendung von Abwässern und Speicherung von Regenwasser wollen wir fördern und
851 Anreize zum Wassersparen schaffen. Wir machen das Vorsorgeprinzip auch im Gewässerschutz
zur
852 Richtschnur, deswegen wollen wir im Bergrecht Fracking und künftige Projekte zur Förderung
853 von Erdöl und Erdgas ausschließen.

852 **Meere schützen, Plastikmüllflut stoppen**

853 Die Meere befinden sich in einem katastrophalen Zustand – und dieser droht sich durch
854 weitere Versauerung, Überdüngung, Überfischung, Verschmutzung und Plastikmüll noch zu
855 verschlechtern. Um der Plastikmüllflut Einhalt zu gebieten, wollen wir ein international
856 verbindliches Abkommen zum Stopp der Plastikvermüllung unserer Meere auf den Weg bringen
857 sowie ein Sofortprogramm mit ehrgeizigen Müllvermeidungszielen auflegen. Wir wollen Technik
858 fördern, die eine Bergung der Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee und ein
859 umweltverträgliches Abfischen von Müll aus dem Meer ermöglicht. Aus den Erdölförderanlagen
860 in der Nordsee treten durch Unfälle, ölhaltigen Bohrschlamm mit Bohrabfällen und auch durch
861 die Abfackelung von Gas giftige Stoffe aus. Wir setzen uns für ein Ende der Förderung
862 fossiler Energieträger ein. In der deutschen Ausschließlichen Wirtschaftszone wollen wir
863 einen sofortigen Stopp neuer Öl- und Gasbohrungen umsetzen sowie ein Förderende bis 2025.
864 Auf europäischer und internationaler Ebene setzen wir uns für ein Ende der Öl- und
865 Gasförderung in der gesamten Nord- und Ostsee ein. Wir wollen auch den Ausstieg aus dem
866 Kies- und Sandabbau in Schutzgebieten vorantreiben und zugleich Raubbau in Ländern des
867 globalen Südens durch Importstandards verhindern. Um die Überfischung zu beenden, die
868 Fischbestände zu stabilisieren und Fischer*innen eine nachhaltige Perspektive zu geben,
869 wollen wir Fangquoten und Fischereiabkommen anpassen, Schonzeiten ausdehnen und die
870 Umstellung der Fischerei auf umwelt-, klima- und artenschonende Fangmethoden erreichen.
Dazu
871 gehören auch ein schnellstmöglicher Ausstieg aus der klima- und umweltschädlichen

872 Grundschieppnetzfisherei und eine naturschutzgerechte Regulierung von Stellnetzen. Wir
873 wollen die Fischereisubventionen auf eine ökologische Meeresnutzung ausrichten. Regionale
874 Fischereibetriebe werden wir bei der Umstellung ebenso unterstützen wie beim Aufbau von
875 Alternativen durch umweltfreundliche touristische Angebote. Ein wichtiger Schritt, um
876 ökologische Fischerei und Aquakultur auskömmlich zu honorieren, ist eine verbindliche und
877 für die Verbraucher*innen transparente Kennzeichnung. Für lebendige Weltmeere sind die
878 Umsetzung der EU-Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie, ein Tiefseebergbaumoratorium sowie die
879 Ausweisung von großflächigen nutzungsfreien Meeresschutzgebieten notwendig.

880 **Das Ende des Mülls**

881 Der Plastikmüll wird immer mehr, der Mehrweganteil bei Getränken sinkt seit Jahren.
882 Einwegbecher werden nur für wenige Minuten genutzt, bevor sie zu Müll werden. Ausgediente
883 Handys und Tablets verstauben in Schubladen, obwohl sie wiederverwendet oder recycelt
884 werden könnten. Unser Ziel ist Zero Waste. Es soll kein Müll mehr verursacht und die
885 Ressourcenverschwendung gestoppt werden. Das kann nur gelingen, wenn Hersteller*innen und

886 Müllverursachende stärker in die Verantwortung genommen werden und das Konzept der
887 Kreislaufwirtschaft ganzheitlich bei Design, Herstellung, Nutzung und Entsorgung von
888 Produkten berücksichtigt wird. Unerwünschte, oft sogar noch in Plastikfolie eingepackte
889 Werbung gehört nicht in unsere Briefkästen. Wir werden das komplizierte Pfandsystem
890 entwirren. Jede Flasche soll in jeden Pfandautomaten passen, den To-go-Mehrwegbecher
891 machen

891 wir bis 2025 zum Standard. Wir fördern Mehrweg bei Transport, Online-Handel, Einkauf und
892 Lebensmittelverpackungen. Wir treten für ein EU-weites Pfandsystem ein. Damit
893 Ressourcenschätze aus alten Elektrogeräten zurück in den Kreislauf finden, schaffen wir in
894 einem ersten Schritt ein Pfand auf Handys, Tablets und energieintensive Akkus. Das bisherige
895 Lizenzgeld für Plastikverwertung entwickeln wir zu einer Ressourcenabgabe weiter. Bei der
896 Ausgestaltung der Müllsammlung wollen wir die Position der Kommunen stärken. Das
897 Verpackungsgesetz wird zum Wertstoffgesetz, das allen ökologisch vorteilhaften
898 Mehrwegprodukten Vorrang einräumt sowie Müllvermeidung und hochwertiges Recycling
899 fördert.

899 Dazu müssen Kunststoffsorten und Verbundstoffe reduziert und giftfrei werden. Biowertstoffe
900 gehören nicht in die Verbrennung, sondern müssen verwertet werden. Plastikmüll soll nicht
901 mehr exportiert werden, wenn er nicht hochwertig recycelt wird. Stoffe im Kreislauf zu
902 führen, wird auch ökonomisch vorteilhafter werden, als sie wegzuworfen. Kreislaufwirtschaft
903 wird das neue Normal.

904 **Giftfreie Produkte im Alltag**

905 Plastik- und Schadstoffrückstände finden sich mittlerweile sogar schon in den Körpern von
906 Kindern und Jugendlichen. Die Weltgesundheitsorganisation sieht in hormonstörenden
907 Chemikalien eine globale Gesundheitsbedrohung. Wir wollen giftige Chemikalien, die
908 Erkrankungen wie Krebs, Diabetes oder Allergien und ungewollte Kinderlosigkeit auslösen
909 können, aus allen Alltagsprodukten verbannen, indem wir das EU-Recht im Chemikalienbereich
910 verbessern und schnell und konsequent durchsetzen. Der Eintrag von Mikroplastik, das sich
911 heute schon überall in unserer Umwelt findet, muss dringend minimiert werden. In Kosmetika
912 und Pflegeprodukten hat Mikroplastik nichts verloren. Besonderes Augenmerk richten wir auf

913 Spielzeug, Kinderpflegeprodukte und andere Alltagsprodukte wie Textilien, Möbel oder
914 Elektronik. Deutschland sollte dem Beispiel Frankreichs folgen und nachgewiesene giftige
915 Chemikalien wie Bisphenol A in Kochgeschirr und Lebensmittelverpackungen oder per- und
916 polyfluorierte Kohlenwasserstoffe in Papier und Pappe verbieten. Wir wollen
917 Verbraucher*innen besser schützen, indem wir gemeinsam mit den Ländern importierte Güter
918 stärker auf Giftstoffe kontrollieren, die Produktkennzeichnung verbessern und
919 Produktrückrufe erleichtern. Unser Ziel ist, dass die Menschen gesund in einer gesunden
920 Umwelt leben können.

921 **Saubere Luft zum Atmen**

922 Wir alle brauchen saubere Luft zum Atmen. Doch Abgase aus dem Verkehr, aus
Kohlekraftwerken
923 oder alten Ölheizungen machen krank. Schlimmer noch: Nach Berechnung der Europäischen
924 Umweltagentur sterben allein in Deutschland pro Jahr 70.000 Menschen vorzeitig durch von
925 Luftverschmutzung verursachte Krankheiten. Die ökologische Modernisierung bietet riesige
926 Chancen, die Luft zu verbessern. E-Autos, Solar- und Windenergie schützen unsere Luft. Wir
927 wollen diese Entwicklung beschleunigen und die Grenzwert-Empfehlungen der
928 Weltgesundheitsorganisation für Luftschadstoffe schnellstmöglich umsetzen. Auch durch mehr
929 Grün in unseren Städten verbessern wir dort die Luftqualität. Um diese Ziele zügig zu
930 erreichen, werden wir alle Emissionsquellen wie Verkehr, Industrie und Landwirtschaft in den
931 Blick nehmen und in diesem Zusammenhang die Entscheidung darüber, ob und wie Feuerwerk
im
932 Einzelnen zu regeln ist, dahin geben, wo sie hingehört – vor Ort.

933 **Klimaanpassung und mehr Natur in der Stadt**

934 Die Klimakrise verändert zunehmend die Rahmenbedingungen unseres Zusammenlebens.
Schon heute
935 hat sich die Erde um 1,2 Grad erhitzt. Die Folgen sind mit Hitzesommern, Überschwemmungen
936 und Stürmen längst auch in unserem Land spürbar und treffen oft die am härtesten, die in
937 schwierigsten Umständen leben. Während wir um jedes Zehntelgrad weniger an Erderhitzung
938 kämpfen, müssen wir uns zugleich an diese Veränderungen anpassen. In ländlichen Räumen gilt
939 es insbesondere Land- und Forstwirtschaft, Tourismus und Fischerei bei der Anpassung zu
940 unterstützen, um Schäden durch Dürren, Ernteauffälle und Waldsterben zu verringern. Unsere
941 Städte wollen wir besser gegen Hitzewellen und Starkregen wappnen – mit Hitzeaktionsplänen
942 und einem Stadtumbau im Großen wie im Kleinen: mehr Stadtgrün, Bodenentsiegelung,
943 Frischluftschneisen, Gebäudebegrünung, Wasserflächen und öffentliche Trinkbrunnen. Als
944 Schwammstädte sollen sie künftig mehr Wasser aufnehmen, speichern und im Sommer kühlend
945 wirken. Das erhöht auch die Lebensqualität gerade für all jene, die sich keinen eigenen
946 Balkon oder Garten leisten können: Dachgärten sind natürliche Klimaanlagen für Wohnungen
und
947 Büros, Parks und Stadtwälder spenden Schatten und frische Luft. Wir wollen durch
948 Verbesserungen im Baurecht und in der Städtebauförderung Stadt und Land helfen, all das
949 schnellstmöglich vor Ort umzusetzen. Auch für Tiere und Pflanzen sind unsere Städte immer
950 wichtigere Lebensräume. Deshalb wollen wir die Natur in der Stadt ausweiten. Das vorhandene
951 Grün werden wir schützen und ökologisch aufwerten, Gärtner*innen und Kleingärtner*innen
952 wollen wir dabei als Verbündete gewinnen. Wir werden die Lichtverschmutzung eindämmen, die

953 Menschen, Tiere und Pflanzen schädigt und wesentlich zum Verschwinden von Insekten und
954 Vögeln beiträgt.

955 **Wir stärken Bäuer*innen, Tiere und Natur**

956 **Landwirtschaft fit für die Zukunft machen**

957 Wir wollen Klima-, Umwelt-, Tier- und Gewässerschutz und landwirtschaftliche Erzeugung
958 miteinander versöhnen. Die Landwirtschaft fit für die Zukunft zu machen – das begreifen wir
959 als Aufgabe für die nächsten Jahre. Das geht nur mit der Natur zusammen und mit einem
960 Verständnis von Natur, das sich an Kreisläufen orientiert und sich dem Ressourcenschutz
961 verpflichtet sieht. Das bedeutet fruchtbare kohlenstoffspeichernde Böden, sauberes Wasser
962 und intakte Ökosysteme, aber auch ein faires Auskommen von Landwirt*innen und eine gute
und
963 gesunde Ernährung für alle. Das können und werden wir nur gemeinsam mit den Bürger*innen
und
964 Bäuer*innen erreichen. Insbesondere kleine Betriebe wollen wir bei der notwendigen
965 Transformation unterstützen und pragmatische Lösungen für sie finden. Unser Leitbild ist
966 eine sich weiterentwickelnde ökologische Landwirtschaft mit ihren Prinzipien
967 Tiergerechtigkeit, Gentechnikfreiheit und Freiheit von chemisch-synthetischen Pestiziden.
968 Dafür wollen wir den Ökolandbau umfangreich fördern und die Voraussetzungen dafür schaffen,
969 dass künftig immer mehr Bäuer*innen und Lebensmittelhersteller*innen umstellen. Ziel sind 30
970 Prozent Ökolandbau bis 2030. Die Agrarforschung für eine Ökologisierung der Landwirtschaft
971 werden wir deutlich ausweiten. Wir werden vielfältige Fruchtfolgen und widerstandsfähige
972 Anbausysteme wie Agroforst ebenso stärken wie die Nutzung von robusten Pflanzensorten und
973 Tierrassen. Stickstoffüberschüsse werden wir deutlich reduzieren. Auch digitale Anwendungen
974 können bei entsprechender Ausrichtung die Landwirtschaft umwelt- und klimafreundlicher
975 machen, müssen aber auch – zum Beispiel über Sharing-Konzepte – kleineren Betrieben
976 offenstehen und bezahlbar sein. Monokulturen, Pestizide und chemisch-synthetischer Dünger
977 führen auch im globalen Süden zu erheblichen Schäden für Gesundheit und Umwelt, während
978 Kleinbäuer*innen durch europäische Dumpingexporte, patentiertes Saatgut und Landraub
weiter
979 in die Abhängigkeit getrieben werden. Das Recht auf Nahrung muss garantiert sein,
980 kleinbäuerliche Strukturen wollen wir stärken. Dafür unterstützen wir mit unserer Agrar- und
981 Entwicklungspolitik eine globale sozial-ökologische Agrarwende.

982 **Öffentliches Geld für öffentliche Leistung**

983 Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU sollte zu einem Instrument für eine sozial- ökologische
984 Agrarpolitik werden – und nicht wie bisher für die Industrialisierung der Landwirtschaft.
985 Das muss der Ausgangspunkt für einen Gesellschaftsvertrag zwischen Bäuer*innen,
986 Verbraucher*innen und Politik für Klima- und Naturschutz sein. Wir wollen eine Reform, damit
987 die Milliarden an öffentlichen Geldern künftig für öffentliche Leistungen wie Klima-,
988 Umwelt- und Tierschutz eingesetzt werden und dabei die regionale Landwirtschaft stärken. Um
989 den nachhaltigen Umbau der Landwirtschaft gemeinsam mit den Bäuer*innen voranzutreiben,
gilt
990 es, die nationalen Spielräume für die bevorstehende Förderperiode bestmöglich für diese
991 Ziele zu nutzen. Wir wollen das System der Direktzahlungen schrittweise durch eine

992 Gemeinwohlprämie ablösen, die konsequent gesellschaftliche Leistungen honoriert. Wir setzen
 993 uns für innovative Instrumente der Agrarumweltförderung ein, bei denen Klima- und
 994 Naturschutz sowie agrarökologische Ziele gemeinsam gedacht werden. Bis zum Jahr 2028
 wollen
 995 wir für mindestens die Hälfte der Gelder eine ökologische Zweckbindung erreicht haben.

996 **Pestizide reduzieren**

997 Es gibt viele Gründe, den Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft deutlich
 998 herunterzufahren. Der Schutz der menschlichen Gesundheit gehört dazu. Vor allem sind weniger

999 Pestizide der wichtigste Hebel, um den Rückgang der Artenvielfalt zu stoppen. Wir wollen den
 1000 Ausstieg aus der Pestizidabhängigkeit unserer Landwirtschaft schnell und machbar gestalten:
 1001 durch eine systematische Pestizidreduktionsstrategie, ein Sofortverbot für besonders
 1002 umwelttoxische Wirkstoffe und das immer noch häufig eingesetzte Pestizid Glyphosat. Um den
 1003 Einsatz von Pestiziden insgesamt zu reduzieren, führen wir eine Pestizidabgabe ein. Um
 1004 wirksamen Artenschutz zu betreiben und unser Trinkwasser zu schützen, wollen wir die
 1005 Ausbringung von Pestiziden in Naturschutzgebieten und Trinkwasserschutzgebieten untersagen
 1006 und ein flächendeckendes Pestizidmonitoring einführen. Betroffene Landwirt*innen werden wir
 1007 bei der Umsetzung finanziell unterstützen. Wir werden außerdem den Export von Pestiziden
 1008 beenden, die in Deutschland oder der EU aufgrund von Umwelt- und Gesundheitsrisiken nicht
 1009 zugelassen oder verboten sind. Wir wollen die Zulassungsverfahren für Pestizide verbessern,
 1010 indem wir Transparenz und Unabhängigkeit stärken. Für ökologischen Pflanzenschutz werden wir

1011 in Kooperation mit den Ländern ein umfassendes, kombiniertes Forschungs-, Umsetzungs- und
 1012 Beratungsprogramm für nicht chemisch-synthetischen Pflanzenschutz auflegen.

1013 **Vielfältiges Saatgut ohne Patente**

1014 Eine vielfältige, gerechte und nachhaltige Landwirtschaft beginnt beim Saatgut. Angesichts
 1015 der Klima- und Biodiversitätskrise wollen wir die Züchtung von robusten Sorten und die
 1016 Forschung für ökologisches Saatgut vorantreiben sowie die Forschung zu alternativen Ansätzen
 1017 stärken, die auf traditionelle und ökologische Züchtungsverfahren setzen. Dabei muss wie bei
 1018 jeder Technologie der Umgang mit alten wie neuen gentechnischen Verfahren einerseits die
 1019 Freiheit der Forschung gewährleisten und andererseits bei der Anwendung Gefahren für Mensch
 1020 und Umwelt ausschließen. Nicht die Technologie, sondern ihre Chancen, Risiken und Folgen
 1021 stehen im Zentrum. Wir werden daher an einem strengen Zulassungsverfahren und am
 europäisch

1022 verankerten Vorsorgeprinzip festhalten. Dazu bleiben Risikoprüfungen auf umfassender
 1023 wissenschaftlicher Basis und eine Regulierung, die unkontrollierbare Verbreitung
 1024 ausschließt, sowie eine verbindliche Kennzeichnung, die gentechnikfreie Produktion und die
 1025 Wahlfreiheit der Verbraucher*innen schützt, nötig. Entsprechend braucht es eine Stärkung der
 1026 Risiko- und Nachweisforschung. Wir wollen das Patentrecht so ausrichten, dass es keine
 1027 Patente auf Lebewesen und ihre genetischen Anlagen mehr gibt.

1028 **Gerechte Einkommen und Arbeitsbedingungen für Bäuer*innen**

1029 Bäuer*innen müssen von ihrer Arbeit leben können. Wir wollen daher gegen Dumpingpreise,
 den

1030 Verkauf von Lebensmitteln unter Erzeugerpreis und Konzentration in der Lebensmittelbranche

1031 vorgehen und dazu die Möglichkeiten des Wettbewerbs- und Kartellrechts sowie der EU-
1032 Richtlinie gegen unlautere Handelspraktiken nutzen. Wir wollen Junglandwirt*innen und
1033 Neueinsteiger*innen unterstützen und Maßnahmen gegen Bodenspekulation und den
Ausverkauf

1034 ländlicher Fläche ergreifen. Dazu gehört, dass künftig die Flächen der bundeseigenen
1035 Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH nicht mehr privatisiert, sondern vorzugsweise an
1036 ortsansässige, bäuerliche Betriebe und Existenzgründer*innen verpachtet werden, mit dem
1037 Ziel, die Flächen klima- und naturfreundlich zu bewirtschaften. Share Deals bei
1038 landwirtschaftlichen Betrieben werden wir regulieren, um den Ausverkauf von Boden an
1039 außerlandwirtschaftliche Investoren zu unterbinden. Auch in der Lebensmittelerzeugung und -
1040 verarbeitung müssen faire Bedingungen herrschen. Ein besserer Arbeits- und
Gesundheitsschutz

1041 für Beschäftigte in Landwirtschaft und Fleischindustrie sind ebenso notwendig wie mehr
1042 Rechte für die Arbeitnehmer*innen, tarifliche Löhne und starke Gewerkschaften. In der
1043 Saisonarbeit gibt es zu viel prekäre Beschäftigung ohne Sozialversicherungsschutz. Hier
1044 trifft häufig körperlich schwere Arbeit auf karge Löhne und schlechte Unterkünfte. Diese
1045 sozialen Ungerechtigkeiten wollen wir beenden.

1046 **Regionale Produktion, Verarbeitung und Vermarktung stärken**

1047 Der Wunsch, wieder mehr regional und handwerklich erzeugte Lebensmittel zu kaufen, in der
1048 Bäckerei, der Metzgerei, auf dem Bauernhof, wächst stetig. Gleichzeitig hat uns die Corona-
1049 Krise vor Augen geführt, wie wichtig regional funktionierende Lieferketten sind. Wir wollen
1050 die regionale Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung stärken und so dem Betriebsterben
der

1051 letzten Jahre entgegentreten. Dazu gehören auch faire Wettbewerbsbedingungen gegenüber
1052 importierten Lebensmitteln. In öffentlichen Einrichtungen wollen wir verstärkt regionale und
1053 ökologische Produkte, auch Umstellungsware, einsetzen – so schaffen wir Nachfrage und faire
1054 Preise. Wir unterstützen Regionalsiegel und Direktvermarktungen der Betriebe durch lokale
1055 Einkaufs-Apps und Regionalwerbung und sorgen mit einer klaren Definition von regionalen
1056 Produkten für Schutz vor Betrug. Öffentliche Gelder und gezielte Beratung zum Umgang mit
1057 Auflagen und Kennzeichnungsvorschriften sollen vorrangig kleinen und mittleren bäuerlichen
1058 Betrieben und Handwerker*innen zugutekommen. Forschung und Beratung zur
Regionalvermarktung

1059 und für innovative und partizipative Ansätze wie Erzeuger*innengemeinschaften, solidarische
1060 Landwirtschaft oder Ernährungsräte unterstützen wir.

1061 **Gute Ernährung fördern - Lebensmittel retten**

1062 Gesunde und ökologisch wertvolle Lebensmittel sollen allen Menschen in Deutschland leicht
1063 zugänglich sein, gesunde Ernährung darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Ernährungsbedingte
1064 Krankheiten wollen wir gezielt eindämmen. Deshalb werden wir umsteuern und viele
1065 Stellschrauben neu justieren – sich gut und gesund zu ernähren, muss einfacher werden.
1066 Kitas, Schulen, Krankenhäuser, Pflegeheime, Mensen und Kantinen unterstützen wir dabei, mehr

1067 gesundes regionales und ökologisch erzeugtes Essen anzubieten; auch vollwertiges
1068 vegetarisches und veganes Essen soll zum täglichen Angebot gehören. Gutes Essen scheidert
1069 allzu oft an unzureichendem Angebot und mangelnder Transparenz. Um das zu ändern, nehmen
wir

1070 die Lebensmittelindustrie in die Pflicht. Wir brauchen verbindliche Reduktionsstrategien
 1071 gegen zu viel Zucker, Salz, Fett und Zusatzstoffe in Fertiglebensmitteln und ökonomische
 1072 Anreize für gesündere Produkte. Für Lebensmittelwerbung, die sich an Kinder richtet, wollen
 1073 wir klare Regeln, die sich an den Kriterien der Weltgesundheitsorganisation orientieren.
 1074 Umweltgerechte Ernährung gehört in die Lehrpläne aller relevanten Ausbildungsbereiche. Auch
 1075 die Ernährungspolitik muss sich an den Pariser Klimaschutzziele ausrichten. Klimaschutz
 1076 heißt auch, dass wir als Gesellschaft weniger tierische Produkte produzieren und konsumieren
 1077 werden. Wir wollen vegetarische und vegane Ernährung attraktiver und zugänglich für alle
 1078 Menschen machen. Die Markteinführung von pflanzlichen Alternativen und
 1079 Fleischersatzprodukten wollen wir fördern und sie steuerlich besserstellen. So sollen
 1080 pflanzliche Milchalternativen mit dem reduzierten Mehrwertsteuersatz verkauft werden. Auch
 1081 für fair gehandelten Kaffee wollen wir die Steuer runtersetzen. Insgesamt wollen wir die
 1082 Forderung der EU-Kommission, Umweltfolgekosten auch im Lebensmittelbereich steuerlich zu
 1083 berücksichtigen, mit einer ökologischen Steuerreform aufgreifen, damit sich auch bei
 1084 pflanzlichen und tierischen Lebensmitteln der Preis ökologisch und sozial gerecht darstellt.
 1085 Gegen die Lebensmittelverschwendung gehen wir entschlossen vor. Wir wollen mit einem
 Rettet-
 1086 die-Lebensmittel-Gesetz verbindliche Reduktionsziele einführen, Lebensmittelhandel und
 1087 -produzent*innen verpflichten, genusstaugliche Lebensmittel weiterzugeben, statt sie
 1088 wegzuworfen. Lebensmittel aus dem Müll zu retten – das sogenannte Containern – muss
 1089 entkriminalisiert werden.

1090 **Klare Lebensmittelkennzeichnung**

1091 Gutes, nachhaltiges und gesundes Essen soll leicht zu erkennen sein. Mit verständlichen
 1092 Informationen über Zutaten, Herkunft, Herstellung und zum ökologischen Fußabdruck wollen wir
 1093 für die nötige Transparenz sorgen. Wir werden eine verpflichtende Tierhaltungskennzeichnung
 1094 mit anspruchsvollen Kriterien für Fleisch und andere Lebensmittel aus oder mit tierischen
 1095 Bestandteilen einführen und uns dafür einsetzen, dass dies auch EU-weit verbindlich wird.
 1096 Dabei soll der Weiterentwicklung von Tierschutzstandards Rechnung getragen werden. Die
 1097 Nährwertkennzeichnung Nutriscore wollen wir weiterentwickeln und EU-weit für alle
 1098 Fertigprodukte anwenden. Außerdem wollen wir die Transparenz über die Herkunft von
 1099 Lebensmitteln verbessern. Enthaltene Allergene sollen besser gekennzeichnet werden. Zur
 1100 einheitlichen Kennzeichnung von vegetarischen und veganen Lebensmitteln brauchen wir eine
 1101 EU-weite rechtsverbindliche Definition von „vegetarisch“ und „vegan“. Transparenz muss auch
 1102 bei der Lebensmittelhygiene gelten, deshalb sollen die Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen
 1103 für alle erkennbar sein.

1104 **Wir ermöglichen Tieren ein besseres Leben**

1105 **Tierhaltung mit mehr Platz für weniger Tiere**

1106 Das System des „Immer billiger, immer mehr“ hat die Landwirtschaft in einen Teufelskreis
 1107 getrieben: Bäuer*innen werden von Dumpingpreisen erdrückt und müssen immer mehr
 produzieren,
 1108 um zu überleben, die Tiere werden immer mehr auf Leistung gezüchtet und leben immer kürzer,
 1109 die ökologischen und gesellschaftlichen Probleme wachsen. Industrielle Massentierhaltung und

1110 Billigfleischexport in alle Welt sind mit einer klimagerechten Zukunft nicht vereinbar. Es
1111 braucht einen Ausweg. Ein Teil der Lösung ist, dass deutlich weniger Tiere gehalten werden
1112 als bisher und diesen Tieren ein wesentlich besseres Leben ermöglicht wird. Tiere brauchen
1113 mehr Platz, Auslauf im Freien und Beschäftigung – das wollen wir artspezifisch verbindlich
1114 regeln und uns auch auf EU-Ebene für eine deutliche Anhebung der Tierschutzstandards
1115 einsetzen. Damit Tierschutz wirtschaftlich machbar ist, wollen wir die Landwirt*innen
1116 unterstützen: durch eine Umbauförderung, die durch einen Tierschutz-Cent auf tierische
1117 Produkte finanziert wird, durch faire Preise und durch eine verpflichtende
1118 Haltungskennzeichnung für tierische Produkte. Die Tierhaltung soll so an die Fläche und an
1119 Obergrenzen pro Stall gebunden werden, dass eine umwelt- und tiergerechte Bewirtschaftung
1120 gewährleistet ist. Den tiergerechten und brandsicheren Umbau von Ställen werden wir zum
1121 Standard machen, an den sich alle halten müssen. Das werden wir ebenso gezielt fördern wie
1122 die Weidetierhaltung, die ökologisch wertvolles Grünland erhält und sinnvoll nutzt. Ställe,
1123 in denen Tiere nicht zumindest entsprechend der EU-Ökoverordnung gehalten werden können,
1124 sollen nicht mehr gebaut werden. Statt tierquälerische Züchtung auf Hochleistung wollen wir
1125 robuste Rassen und Zweinutzungsrasen fördern. Amputationen, Eingriffe ohne Betäubung und
1126 qualvolle Betäubungsmethoden sowie Käfig- und Anbindehaltung wollen wir beenden. Den
Einsatz
1127 von Antibiotika in der landwirtschaftlichen Tierhaltung werden wir deutlich senken. Um diese
1128 Medikamente gezielt einzusetzen und Resistenzen zu vermeiden, sollen vorrangig kranke
1129 Einzeltiere behandelt werden. Reserveantibiotika sollen der Humanmedizin vorbehalten werden.

1130 Um Lebendtiertransporte zu vermeiden, ziehen wir die regionale und mobile Schlachtung dem
1131 Schlachten im zentralen Schlachthof vor und werden diese fördern. Wir wollen Tiertransporte
1132 auf vier Stunden begrenzen und besser kontrollieren, Lebendtiertransporte in Drittstaaten
1133 außerhalb der EU sollen ganz verboten werden.

1134 **Tiere schützen und respektieren**

1135 Tiere sind fühlende Lebewesen und brauchen Schutz, deshalb werden wir die gesetzlichen
1136 Regelungen zur Tierhaltung verbessern. Für alle Tiere, die wir Menschen halten, haben wir
1137 eine besondere Verantwortung. Wir wollen ihnen ein würdevolles, gutes und gesundes Leben
1138 frei von Schmerzen, Angst und Stress ermöglichen. Dafür gilt es, wirkungsvolle Sanktionen
1139 bei Tierschutzvergehen im Tierschutz- und Strafrecht zu verankern und gemeinsam mit den
1140 Ländern und Kommunen auf einen effektiven Vollzug hinzuwirken. Wir werden ein umfassendes
1141 Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzorganisationen einführen. Die anerkannten
1142 Tierschutzorganisationen und ein*e unabhängige*r Bundestierschutzbeauftragte*r sollen
1143 Auskunfts- und Akteneinsichtsrechte wahrnehmen und Rechtsverstöße beanstanden können.

Der

1144 oder die Tierschutzbeauftragte soll zudem die zuständigen Bundesbehörden unterstützen sowie
1145 bei Gesetzesvorhaben und Tierschutzangelegenheiten beteiligt werden. Wir wollen bessere
1146 Regeln für Zucht, Haltung und Handel mit Tieren. Die Haltung von Wildtieren in Zirkussen
1147 werden wir beenden. Wir streben die weitere konsequente Reduktion von Tierversuchen in der
1148 Wissenschaft an und wollen sie mit einer klaren Ausstiegsstrategie und innovativen
1149 Forschungsmethoden schnellstmöglich ersetzen. Dafür arbeiten wir mit allen beteiligten
1150 Akteur*innen an einer zukunftsorientierten tierfreien Forschung, fördern Investitionen in
1151 tierfreie Innovationen sowie die Weiterentwicklung von verbesserten Medikamenten- und

1152 Sicherheitsprüfungen und beschleunigen die Zulassung tierversuchsfreier Verfahren. Die EU-
1153 Vorgaben für Tierversuche werden wir endlich in deutsches Recht umsetzen.

1154 **Wildtierhandel an die Leine legen**

1155 Die Covid-19-Pandemie hat deutlich gemacht, dass die Gesundheit von Umwelt, Tier und
Mensch

1156 zusammengedacht werden und dieser Planetary-Health-Ansatz zum Prinzip unseres Handelns
1157 werden muss. Der Raubbau an der Natur hat keine Zukunft. Die Pandemie basiert auf einer
1158 Zoonose, einer vom Tier auf den Menschen übertragenen Infektionskrankheit. Solche
1159 Krankheiten werden immer häufiger, sie werden durch die fortschreitende Zerstörung der Natur
1160 und das Vordringen der Menschen in die letzten natürlichen Lebensräume begünstigt. Dem gilt
1161 es überall auf der Welt entgegenzuwirken. Wildtiere gehören in die Wildnis, der Handel mit
1162 ihnen muss strenger reguliert, existierende Regularien müssen konsequent umgesetzt werden.
1163 In den Herkunftsländern müssen wirtschaftliche Alternativen aufgebaut werden. Wildtierhandel
1164 auf Online-Portalen und gewerblichen Börsen sowie kommerzielle Importe von Wildfängen und
1165 die Einfuhr von Jagdtrophäen müssen ganz verboten werden. Die Haltung von Tieren aus
1166 Wildtiernachzuchten sollte an eine Positivliste und einen Sachkundenachweis geknüpft werden,
1167 der sich an der Schwierigkeit der Haltung der jeweiligen Tierart bemisst. Auch die
1168 industrielle Tierhaltung kann zu Pandemien beitragen, wie sich an coronainfizierten Nerzen
1169 gezeigt hat. Die Tierhaltung ist deshalb auch an den Notwendigkeiten zur Eindämmung
1170 möglicher Zoonosen auszurichten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Haltung von Tieren
1171 in und der Handel mit Pelzen aus Pelztierfarmen beendet werden.